:antifaschistische nachrichten

Nr. 24

g 3336 20.11.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Heldengedenken"

Ca. 550 Alt- und Neonazis haben am 15. November in Halbe mehrere Stunden bis in den frühen Abend hinein ihr auf nationalsozialistischer Tradition basierendes sogenanntes Heldengedenken zelebriert. Die zuständigen Verwaltungsgerichte hatten sich mit ihren Urteilen eindeutig auf die Seite der Rechtsextremisten gestellt. Das ursprüngliche Verbot des Naziaufmarschs von Halbe wurde vom Polizeipräsidium Frankfurt/ Oder u. a. damit begründet, dass die Veranstaltung „als Verherrlichung des Nationalsozialismus zu verstehen ist". Dieser richtigen Einschätzung der Polizei wollten das Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht Frankfurt/ Oder nicht folgen.

Besonders empörend: das Amt Schenkenländchen verweigerte eine Ehrung der Opfer des deutschen Faschismus, der sowjetischen und ukrainischen ZwangsarbeiterInnen und der ebenfalls dort ruhenden 57 ermordeten Wehrmachtsdeserteure auf dem Waldfriedhof Halbe, genehmigte aber der rechtsextremen Partei DVU eine Kranzniederlegung.

Trotzdem gelang es am 15.11. auf den Grabsteinen der sowjetischen/ukrainischen ZwangsarbeiterInnen rote Rosen im Gedenken niederzulegen. Ebenfalls wurden hiermit die 57 ermordeten Wehrmachtsdeserteure geehrt. Das Betreten des Friedhofs wurde erst nach eineinhalbstündiger Verhandlung mit der polizeilichen Einsatzleitung genehmigt. Lediglich der Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V. Ludwig Baumann und ein Begleiter durften den Waldfriedhof Halbe betreten, allerdings nur mit polizeilicher Begleitung. Ludwig Baumann empfand diese Situation als Diffamierung und Verachtung.

PM „Initiative gegen Heldengedenken in Halbe", mail: halbeinfo@oleco.net, Weitere Infos:www.redhalbe.de.vu ■

Schon mal vormerken:

Jahrestagung der Antifaschistischen Nachrichten

Die Tagung findet am 24. Januar 2004 in Köln statt.

Thema:

Deutsche Mitteleuropakonzepte vom Kaiserreich bis Joschka Fischer







Oben: 350 AntifaschistInnen kamen nach Halbe, auf der Kundgebung sprachen u.a. Heinrich Fink und Ludwig Baumann (im Bild)

Rechts: die Nazidemonstration
Bilder: indymedia

Der „Fall Hohmann" ist durch den Ausschluss Hohmanns aus der CDU-Fraktion noch nicht beendet. Die Diskussion darüber, wo Konservatismus aufhört und Rechtsradikalismus anfängt, wird nicht nur die CDU sicher noch weiter beschäftigen. Der folgende Artikel entstand zu einem Zeitpunkt, als die Rede Hohmanns noch kaum Beachtung gefunden hatte, das mindert aber nicht seine Aktualität.

MdB Martin Hohmann zum Nationalfeiertag:

„Gerechtigkeit für Deutschland"

von Andrea Livnat

Vor gut einem Jahr berichtete das ARD-Magazin Panorama über Rechtsradikale in der CDU. Die Sendung führte zahlreiche Beispiele von CDU-Mitgliedern an, die in rechtsradikalen Vereinen sprechen, in rechten Verlagen publizieren, kurzum, CDU-Mitgliedern, die sich in Kreisen bewegen, die vom Verfassungsschutz eindeutig als rechtradikal eingestuft und entsprechend beobachtet werden. CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer wusste damals von nichts, bat aber um die Übermittlung von Fakten, damit man gegebenenfalls handeln könne. Die genannten Personen sind weiterhin CDU-Mitglieder.

In der Sendung fiel auch der Name Martin Hohmann. Der 55jährige Major der Reserve sitzt seit 1998 für den Wahlkreis Fulda im Bundestag. Zuvor war er 14 Jahre lang Bürgermeister in Neuhof bei Fulda. Nach einem Abschluss in Rechtswissenschaften arbeitete Hohmann zunächst als Jurist im Bundeskriminalamt, zuletzt als Kriminaloberrat in der Abteilung „Terrorismus" in Wiesbaden. Martin Hohmann sieht sich selbst in guter konservativer Tradition. Konservativ heißt für ihn „zukunftszugewandt sein", wie er in einem Interview mit dem Magazin der Deutschland-Stiftung einmal sagte. Im Grunde seien die meisten Menschen konservativ, solche Aussagen fänden jedoch in der veröffentlichten Meinung so gut wie keinen Niederschlag mehr: „Der Zeitgeist und die eher linksliberal beherrschten Medien sorgen dafür, dass jeder, der eine Meinung äußert, die nicht so ganz auf der Hauptlinie des Zeitgeistes liegt, es schon nicht mehr wagt, sich zu äußern."

Herr Hohmann scheut sich nie, das zu sagen, was er im Sinne hat und zu zeigen, wo er steht. Beispielsweise im November letzten Jahres, als er die Entscheidung des britischen Oberhauses, homosexuellen Paaren das Adoptionsrecht zu gewähren, als „Denaturierung des Leitbildes der Familie" bezeichnete, dieser Entwicklung müsse mit „aktiver Zivilcourage" entgegen getreten werden. Darüber hinaus machte er die Tolerierung von Homosexualität für das „größte Problem der deutschen Gesellschaft, ihrem Bevölkerungsrückgang" verantwortlich. Oder zu Paul Spiegels Rede zum 9. November 2000, als Hohmann dem Zentralratsvorsitzenden riet, sich zu überlegen, ob er „das Klima zwischen den Juden und Nichtjuden in Deutschland nicht nachhaltig schädige". „Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten?" hatte Spiegel in seiner Rede gefragt, für Martin Hohmann eine „schlimme Entgleisung", und eine falsche Unterstellung, genauso falsch „wie Spiegel zu unterstellen, er sei mitverantwortlich, dass beim letzten Racheakt der israelischen Armee zwei unschuldige Frauen getötet wurden".

Fortsetzung Seite 2

In bester antisemitischer Tradition

So richtig ausgeteilt hat Martin Hohmann erst wieder vor Kurzem, in einer Rede zum deutschen Nationalfeiertag, also am 3. Oktober 2003, bei der Neuhofer CDU. Eine Rede in bester antisemitischer Tradition, die da ganz unbescholten auf der Seite der Neuhofer CDU verlinkt ist. Der ehemalige Bürgermeister darf offensichtlich sagen, was er möchte, entweder traut man sich in Neuhof nicht zu kritisieren oder aber man ist voll und ganz einverstanden mit Hohmanns Gedankengängen.

Worum geht es also in Hohmanns Rede? Es geht um die Krise in Deutschland, die für Hohmann daher kommt, dass man „als Deutscher in Deutschland keine Vorzugsbehandlung" erhält. Er habe drei Anfragen an den Bundestag gestellt.

„Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Staatseinnahmen bereit, ihre Zahlungen an die Europäische Union zu verringern?"

„Ist die Bundesregierung bereit, sich auch für deutsche Zwangsarbeiter einzusetzen, nachdem für ausländische und jüdische Zwangsarbeiter 10 Milliarden DM zur Verfügung gestellt worden sind?"

„Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Steuereinnahmen bereit, ihre Entschädigungszahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (also an – vor allem jüdische – Opfer des Nationalsozialismus) der gesunkenen Leistungsfähigkeit des deutschen Staates anzupassen?"

Die Antworten hätten Hohmann klar gemacht, dass es sich genau so verhalte, wie er es vermute: „Hauptsache, die deutschen Zahlungen gehen auf Auslandskonten pünktlich und ungeschmälert ein. Dafür müssen die Deutschen den Gürtel halt noch ein wenig enger schnallen."

Grund dafür ist natürlich die deutsche Geschichte. Niemand könne ernsthaft den Versuch unternehmen, die deutsche Geschichte vergessen zu machen, „wir alle kennen", so Hohmann, „die verheerenden und einzigartigen Untaten, die auf Hitlers Geheiß begangen wurden." Aber – es gibt natürlich ein Aber –, je weiter die Nazi-Zeit zurückliege, desto stärker werde sie in der deutschen Gegenwart präsent.

Damit meint Hohmann nicht etwa die Horden von Neonazis, die durch das demokratische Deutschland ziehen. Von diesen Leuten würde keine Gefahr ausgehen, schließlich erteilen die deutschen Wähler an der Wahlurne „diesen Dumpfbacken jeweils eine klarere Abfuhr, als das in vergleichbaren Nachbarländern geschieht." Nein, Hohmann sorgt sich wegen der „allgegenwärtige(n) Mut-Zerstörung im nationalen Selbstbewußtsein", die aus dem ständig präsenten Vorwurf, die Deutschen seien das „Tätervolk", herrühre.

Martin Hohmann ist ein Mensch, der für Klarheit und Wahrheit ist, „es soll, darf nicht verschwiegen und beschönigt werden." Die Frage sei jedoch, ob „das Übermaß der Wahrheiten über die verbrecherischen und verhängnisvollen 12 Jahre der NS-Diktatur nicht a) instrumentalisiert wird und b) entgegen der volkspädagogischen Erwartung in eine innere Abwehrhaltung umschlagen könnte." Die immer gleiche Wahrheit müsse geradezu psychische Schäden bewirken.

Um das bisher Gesagte zusammenzufassen: Die Deutschen sind also davon geschädigt, dass sie immer wieder mit der eigenen Schuld konfrontiert werden, deswegen geben sie ihr Geld ins Ausland anstatt in die eigene marode Wirtschaft zu investieren.

So weit so gut, mag sich der Leser denken, mit diesen Ansichten steht der Abgeordnete ja nicht alleine da, Herr Walser hat bereits vor fünf Jahren Entsprechendes verlauten lassen.

Wer bisher versucht haben sollte, Herrn Hohmann in gutem Licht zu sehen, dem werden bald die Haare zu Berge stehen. Denn der CDUler stellt darauf die provozierende Frage: „Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschließlich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte oder waren Juden ausschließlich die Opfer, die Leidtragenden?"

Die Juden und der Bolschewismus

Hohmann findet denn auch so einiges, wo die Juden Dreck am Stecken haben. Es geht einmal wieder in die Ecke von Ernst Nolte, die Verbrechen des Nationalsozialismus werden mit den Verbrechen des Bolschewismus aufgerechnet und die Einzigartigkeit des NS-Genozids an den Juden verschleiert.

Ausgerechnet Henry Fords „Der internationale Jude" muss für Hohmanns Argumentation herhalten. Die Juden, so die Kernaussage von Fords gesammelten Aufsätzen, hätten sich in verschwörerischer, geheimbündlerischer Absicht zusammengetan, um die Weltmacht mittels wirtschaftlicher Macht, insbesondere durch die Kontrolle der Geldwährung an sich zu reißen. Fords Schriften basieren auf den „Protokollen der Weisen von Zion", die er auszugsweise in seiner Wochenzeitung „The Dearborn Independent" publizierte. 1927 kam es zu einer offiziellen Entschuldigung Fords für seine antisemitischen Publikationen, der einzige Ausweg für den Industriellen aus einem langwierigen image-schädigenden Prozess. Ford blieb selbstverständlich der alte und wurde schließlich zu einem großen Bewunderer Hitlers. 1938 nahm er einen hohen Orden, das „Adlerschild des Deutschen Reiches" entgegen.

Auch jüdische Kronzeugen führt Martin Hohmann für seine Argumentation ins Feld. So habe der „Jude Felix Teilhaber" 1919 gesagt: „Der Sozialismus ist eine jüdische Idee... Jahrtausende predigten unsere Weisen den Sozialismus." Auch die Begründer von Kommunismus und Sozialismus, alle voran Karl Marx, seien Juden gewesen.

Es folgt in Hohmanns Rede eine detaillierte Auflistung, wie viele Juden in revolutionären Gremien vertreten waren. Vier Juden im siebenköpfigen Politbüro der Bolschewisten von 1917. 28,6% des revolutionären Zentralkomitees in Rußland von 1917. Ferdinand Lassalle, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, sechs von vier KP-Führern in Deutschland waren



FRANKFURT/ODER. Bundesweite Wanderausstellung „Deutschkunde – Karikaturen gegen rechte Gewalt" startet. Über 30 Bilder bekannter Karikaturisten (Skott, Tom, Kurowski, Rauschenbach etc.) zu den Themen: Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Das Projekt entstand auf Initiative von Berndt A. Skott, der 80 Karikaturisten dazu veranlasste, ihre Werke unentgeltlich in dem Buch „Deutschkunde" bei der fiftyfifty-Edition (17 Euro) zu veröffentlichen. Der Verkaufserlös wird Opfern von rechter Gewalt gespendet. *www.opferperspektive.de* ■

1924 Juden, von 48 Volkskommissaren in Ungarn waren 30 jüdisch, die Münchner Räterepublik und so weiter. Und natürlich nicht zu vergessen, der Mord an Zar Nikolaus II. und seiner Familie wurde von Jacob Sverdlov, einem Juden „eigenhändig vollzogen".

Woher hat nur der Abgeordnete Hohmann sein Detailwissen, mag man sich fragen, weiß er doch zu berichten, dass „nach einer von Churchill 1930 vorgetragenen statistischen Untersuchung eines Professors den Sowjets bis 1924 folgende Menschen zum Opfer gefallen sein (sollen): 28 orthodoxe Bischöfe, 1.219 orthodoxe Geistliche, 6.000 Professoren und Lehrer, 9.000 Doktoren, 12.950 Grundbesitzer, 54.000 Offiziere, 70.000 Polizisten, 193.000 Arbeiter, 260.000 Soldaten, 355.000 Intellektuelle und Gewerbetreibende sowie 815.000 Bauern." Hohmann bezieht sich, wie in einer Anmerkung festgehalten ist, auf das Buch „Jüdischer Bolschewismus. Mythos und Realität" von Johannes Rogalla von Bieberstein. Ernst Nolte steuerte hierzu ein begeistertes Vorwort bei.

Obwohl sich der Autor im Vorwort ausdrücklich von jeglichen antisemitischen Tendenzen zu distanzieren versucht, kann sich der Leser nur wundern, wie gründlich von Bieberstein Juden aufspürt. Was genau Trotzki gemacht oder nicht gemacht hat, erfährt der Leser nicht, wohl aber dass er Jude war. Juden im rassischen Sinne sind also die Hauptfiguren in von Biebersteins Buch. Es geht darum die jüdische „Schuld" am Kommunismus zu erarbeiten und damit letztendlich zu den Thesen Ernst Noltes beizutragen, wonach der Nazismus eine Art „Notwehr" gegen die Gefahren des Bolschewismus war, der ja von Juden angeführt wurde. Herr Rogalla von Bieberstein ließ die Redaktion von haGalil onLine in anderem Zusammenhang wissen, dass er international, „insbesondere auch von jüdischen Wissenschaftlern", anerkannter Historiker sei. Tatsächlich sei es so, „daß die kleine, aber welthistorisch nach 1917 massiv in Erscheinung getretene kommunistisch-extremistische Minderheit von Juden der Judenheit unendlich geschadet hat!" Ganz im Sinne von Martin Hohmann ließ uns von Bieberstein damals wissen, dass die Einsicht, die man aus seinem Buch erhält, „durch ein medial verordnetes kollektivistisch-moralistischen „Geschichtsbild" vorenthalten" wird.

Hohmann schlussfolgerte in seiner Rede zum 3. Oktober, man könnte „im Hinblick auf die Millionen Toten dieser ersten Revolutionsphase nach der „Täterschaft" der Juden fragen. Juden waren in großer Anzahl sowohl in der Führungsebene als auch bei den Tscheka-Erschießungskommandos aktiv. Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als „Tätervolk" bezeichnen. Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet."

Genau wie Rogalla von Bieberstein thematisierte Hohmann noch die Religion. Die Juden, „die sich dem Bolschewismus und der Revolution verschrieben hatten, hatten zuvor ihre religiösen Bindungen gekappt." Ähnliches stellen die Herren auch bei den Nazis fest. Um es vorweg zu nehmen, die Gottlosigkeit sei also das verbindende Element von Bolschewismus und Nationalsozialismus. Eine interessante Wende in Hohmanns Rede ist seine Feststellung, weder „die Deutschen", noch „die Juden" seien ein Tätervolk. Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien sind die Täter. Fast macht es den Eindruck als habe sich Hohmann in seiner eigenen Argumentation verfangen. Die Lösung ist natürlich einfach, Hohmann plädiert für „eine Rückbesinnung auf unsere religiösen Wurzeln und Bindungen. Nur sie werden ähnliche Katastrophen verhindern, wie sie uns Gottlose bereitet haben." Allerdings spricht er lediglich von der christlichen Religion, als eine Religion des Lebens, deren Gottesbezug seiner Meinung nach in die europäische Verfassung aufzunehmen sei.

Martin Hohmann sagt in seiner Rede nichts Verbotenes, er hetzt nicht mit verfassungsfeindlichen Parolen. Seine Argumentation ist wesentlich raffinierter und perfider. Bestreitet er letztendlich, dass die „Juden" als Kollektiv ein „Tätervolk" seien, so zählt er doch zuvor genau dafür „Beweise" auf. Durch die Gegenüberstellung von Nationalsozialismus und Bolschewismus bzw. von Deutschen und Juden als „Tätervolk" wird der Holocaust verharmlost, die „Schuld" des nationalsozialistischen Deutschlands relativiert und schließlich antisemitische Argumentationen der übelsten Sorte aufgewärmt und neu serviert. Juden sind wahlweise die Drahtzieher von Bolschewismus, Kommunismus, Sozialismus, Kapitalismus, je nachdem, wie es der Sprecher eben braucht. Herr Hohmann sucht die Juden im Bolschewismus, selbstverständlich wird er welche finden. Und das Ganze mit einem Historiker, der „insbesondere" auch von jüdischen Wissenschaftlern anerkannt ist, als Rückendeckung, da kann ja nichts falsch sein. Es ist doch immer wieder schön zu sehen, dass es offenbar reichen soll, ein paar Juden aufzählen zu können, um sich von jeglichen Vorwürfen rechter und antisemitischer Argumentation freisprechen zu können.

Mit einem Abgeordneten wie Martin Hohmann muss sich die CDU tatsächlich keine Sorgen um Wahlerfolge erklärt rechter Parteien wie der NPD machen. Die CDU kann mit Herrn Hohmann das gesamte rechte Wählerspektrum abdecken. Wer braucht da noch die NPD?

Andrea Livnat,
hagalil.com 28-10-2003 ■

Der Beitrag erschien zuerst bei hagalil.com und wurde mit freundlicher Genehmigung der Autorin bei uns nachgedruckt

Das Geld den Opfern

„Wir haben alles versucht, diesen früher größten deutschen Konzern mit seiner zwiespältigen Vergangenheit ordnungsgemäß abzuwickeln." Mit dieser unglaublichen Lüge begann am 10. November die Pressekonferenz der Liquidatoren der „IG Farben in Abwicklung". Erklärt werden sollte der Bankrott, die Zahlungsunfähigkeit der Abwicklungsgesellschaft.

Schon allein dieser Satz ist ein Skandal. Das hatte es wohl noch nie gegeben. Eine Abwicklungsgesellschaft, die sich unendlich liquidierte, über ein halbes Jahrhundert. Kurz nach dem Kriege war der Chemiekonzern IG-Farben durch die Alliierten aufgelöst worden. Seine Direktoren waren angeklagt wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges, Raub, Versklavung und Massenmord. 1952 war dann die Liquidationsgesellschaft IG Farben gegründet und mit einem Kapital von Hunderten Millionen DM ausgestattet worden. Mit dieser Summe sollten Ansprüche an den ehemaligen Konzern abgegolten werden. Vor allem zur Entschädigung von überlebenden Auschwitzhäftlingen, die für die IG-Farben unter unbeschreiblichen Bedingungen arbeiten mussten. Bedingungen, die zur Vernichtung von 30 000 Arbeitssklaven geführt haben, vernichtet durch Arbeit. Doch mit den ihr anvertrauten Geldern dachte die Gesellschaft nur an Gewinne, nie an ihren wirklichen Auftrag, die Opfer zu entschädigen. Mit den Geldern, die den Überlebenden hätten zugute kommen müssen, spekulierte die Gesellschaft indem sie sich in eine Aktiengesellschaft verwandelte und Immobilien kaufte.

Anlässlich der Aktionärsversammlungen machen seit 20 Jahren überlebende Auschwitzhäftlinge, unterstützt von jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten und kritischen Aktionären, auf diesen Skandal aufmerksam. Die Protestaktionen wurden in den letzten Jahren immer kräftiger und lauter. Unüberhörbar die Forderung nach sofortiger Auflösung dieser Gesellschaft. Alles vorhandene Vermögen sollte der Entschädigung der Opfer gelten. Unter diesem Druck hatten die Liquidatoren vor zwei Jahren angekündigt, eine Stiftung zur Entschädigung zu gründen, die mit 3 Millionen DM ausgestattet sein soll. Bis heute wurde kein Cent ausgezahlt. Und nun die Erklärung des Bankrotts. Von ehemals Hunderten Millionen DM, die den Opfern gehören, bleiben angeblich sage und schreibe 500 000 DM, ganze 255 000 Euro. In der Pressekonferenz ertönte lautstark die Frage, wo das Geld geblieben ist, das den Opfern vorenthalten wird.

Obwohl erst 48 Stunden zuvor durchgedrungen war, wo die Pressekonferenz der Liquidatoren stattfindet, waren viele, meist junge Menschen herbei geeilt und hatten Transparente und Flugblätter mitgebracht. Nur unter Begleitschutz konnten die Liquidatoren den Raum verlassen. Endlich also doch das Ende dieser Gesellschaft. Beendet noch einmal mit einer Verhöhnung der Opfer. Ein Ende der Beschäftigung mit der Geschichte der IG Farben ist es nicht. Degussa gehörte zu IG-Farben und lieferte das Zyklon B für die Gaskammern der Konzentrationslager. Degussa verdient heute an der Erstellung des Holocaust-Mahnmals.

Es gibt keinen Schlussstrich unter die enge Verflechtung der Großindustrie und der Großbanken, die ein Bündnis mit der Barbarei eingegangen sind, die aus den scheußlichsten Verbrechen ihren Nutzen gezogen haben.

Peter Gingold, UZ 14.11.03 ■

CDU-Rechtsaußen Hohmann nicht allein

BERLIN. Bei der Abstimmung über den Ausschluss Hohmanns aus der CDU-Bundestagsfraktion stimmten 28 CDUler dagegen, 16 enthielten sich, 4 Stimmzettel waren ungültig, obwohl Fraktionsvize Wolfgang Bosbach gewarnt hatte: „Es dürfen nur ganz, ganz wenige sein!“ Etliche griffen auch noch ins Portemonaie und meldeten sich mit einer Anzeige zu Wort, geschaltet in einigen überregionalen Tageszeitungen, und forderten „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann“. In Anlehnung an eine Äußerung des rechtskonservativen Historikers Arnulf Baring nennen sie darin den Rauswurf Hohmanns aus der Fraktion ein „Armutszeugnis für die Union“ und fordern „eine zweite Chance“. Seine Rede sei „keineswegs“ antisemitisch gewesen und rechtfertige einen Partei- und Fraktionsausschluss „in keiner Weise“.

Zu den Unterzeichnern des Appells für Hohmann gehören neben regionalen Mandatsträgern der Union auch der ehemalige Berliner CDU-Innensenator Heinrich Lummer, häufiger Autor in der „Jungen Freiheit“ und der Verleger Herbert Fleissner. Über dessen Langen-Müller-Verlag darf nach einem Urteil des Landgerichts München aus dem Jahr 1992 behauptet werden, „rechtsradikale Blätter“ zu fördern und zu unterstüzen, Autoren wie der Holocaust-Leugner David Irving zählten zum Verlagsprogramm. In einem weiteren Verlag Fleissners, dem Universitas-Verlag, erscheinen die Publikationen der „Stimme der Mehrheit“. Dabei handelt es sich um eine „Arbeitsgemeinschaft“ des „Bundes der Selbständigen“ (BdS), die sich dem „Kampf gegen ein angebliches „Linkskartell“ in den Medien verschrieben hat. Dem BdS gehört auch Hohmann an. Der „Stimme der Mehrheit“-Verleger Wolfgang Reschke und Hans-Peter Murmann (Gummersbach), BdS-Landeschef in NRW, haben beide die Anzeige mit unterzeichnet.

Quelle: Neues Deutschland 15./16.11.2003 - u.b. ■

Mehr rechtsextreme Gewalt

BERLIN. Auf die monatliche Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, PDS, hat das Bundesinnenministerium jetzt die Zahlen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten für September 2003 bekannt gegeben. Zwar war die Zahl mit 664 Straftaten etwas niedriger als im August (über 700), gestiegen ist aber die Zahl der Gewalttaten, die mit 62 und 51 verletzten Personen deutlich höher liegt als im Vormonat (53 Gewalttaten und 45 verletzte Personen). 503 Tatverdächtige wurden ermittelt, 66 Personen festgenommen, gegen 7 erging Haftbefehl.

Schriftl. Fragen Okt. 2003, Arbeitsnummer 10/282, 283, 284 ■

NPD-Liste zur Europawahl

Im Saarbrücker Stadtteil Fechingen fand am 3. und 4. Oktober der Europawahlkampf-Kongress der NPD statt. Gewählt wurden die Kandidaten für die 2004 stattfindende Europawahl. Die 5 Erstplazierten sind Udo Voigt, Holger Apfel, Peter Marx, Uwe Leichsenring und Günter Deckert. Zuvor hatte der NPD-Parteivorstand am 24. August einen „Leipziger Appell“ verabschiedet, in dem „unter Zurückstellung eigener Parteiinteressen“ die NPD die „Gründung einer Deutschen Liste für Europa“ (DLFE) vorgeschlagen hat, welche „paritätisch mit Kandidaten der REP, DVU, DP und NPD besetzt“ werden sollte. Da von Seiten der DVU und REP keine Reaktion erfolgte, fordert die NPD die Mitglieder und Funktionsträger von REP und DVU nun dazu auf, „endlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und diese Organisationen zu verlassen“.

am, Archivnotizen Okt. 2003, DISS Duisburg ■

Mehr Sitze für die DVU

BRANDENBURG. Wegen der komplizierten Stimmenauszählung steht erst jetzt das Endergebnis der brandenburgischen Kommunalwahlen richtig fest. Leider hat sich das zugunsten der DVU ausgewirkt. Jetzt stellt sich die Lage so dar, dass die DVU insgesamt 12 Abgeordnetensitze erringen konnte. Die DVU hat jetzt einen Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam, jeweils einen Abgeordneten in den Kreistagen der Landkreise Märkisch-Oderland, Oder-Spree, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming, jeweils zwei Abgeordnete in den Kreistagen der Landkreise Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz, jeweils einen Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung von Müncheberg, im Müncheberger Ortsbeirat und in der Gemeindevertretung von Rüdersdorf.

Die auf Anhieb errungenen kommunalen Erfolge seien, so heißt es in einer Stellungnahme der DVU, „ein günstiges Vorzeichen für den Wiedereinzug der Deutschen Volksunion in den Landtag“. Der brandenburgische Landtag wird kommendes Jahr neu gewählt. ■



Kölner Polizei ermöglicht Nazikundgebung am Jahrestag der Reichspogromnacht

KÖLN. Während ca. 600 Kölnerinnen und Kölner am Abend des 9. November von der ehemaligen Synagoge in Ehrenfeld zum Mahnmal für die ermordeten Edelweißpiraten zogen, um die wieder angebrachte Gedenktafel zu enthüllen und die Anerkennung der Edelweißpiraten als Widerstandskämpfer zu fordern, ermöglichte die Kölner Polizei nur 500 Meter entfernt eine Kundgebung der neonazistischen Kameradschaft Köln unter Führung von Paul Breuer und Axel Reitz. Auf der Kundgebung wurden die hingerichteten Edelweißpiraten verhöhnt und offene Bekenntnisse zum Nationalsozialismus ausgesprochen.

Es ist eine Ungeheuerlichkeit und ein Novum in der Kölner Stadtgeschichte, dass ausgerechnet am Jahrestag der Reichspogromnacht Neonazis unter dem Schutz der Polizei aufmarschieren und ungehindert die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnen können. Wir fordern alle Kölnerinnen und Kölner zum Protest auf! *Jugendclub Courage* ■

Rundgang und Veranstaltung am 9. November

MANNHEIM. An dem Gedenk-Rundgang und der Gedenk-Veranstaltung zur Erinnerung an den 65. Jahrestag der Reichspogromnacht nahmen rund 150 Personen teil. Mit dem Rundgang zu verschiedenen Orten in der Innenstadt wurde an den Pogrom erinnert. Die Täter – Mitglieder der Mannheimer NSDAP – versammelten sich an diesem Abend im Schlosshof. Es jährte sich Hitlers Putschversuch von 1923. Die öffentliche Stimmung war von Judenhass geprägt. Die Anordnung zum Pogrom wurde systematisch umgesetzt. Die Synagoge in F2 wurde am frühen Morgen des 10. November 1938 gesprengt. Die männliche jüdische Bevölkerung Mannheims wurde im Schlossgefängnis gewaltsam zusammengetrieben und ins KZ Dachau deportiert. Jüdische Wohnungen und Ge-

schäfte wurden gestürmt, deren Inventar zertrümmert, auf die Straße geworfen und angezündet.

Der Rundgang dauerte ungefähr eine Stunde und führte über vier Stationen. Dort wurden von Mitgliedern des AK Justiz und der Jugend gegen Rechts Beiträge verlesen, die sich mit dem Antisemitismus, der Situation der jüdischen Mitbürger und der Struktur der NSDAP in Mannheim im Jahr 1938 befassten. Historische Fotos, die an den Stationen gezeigt wurden, veranschaulichten die Situation.

Die Veranstaltung wurde in den Räumlichkeiten der jüdischen Gemeinde beendet. Es gab einen Redebeitrag zur Kontinuität des Antisemitismus nach 1933, der die Reichspogromnacht in den historischen Kontext stellte. Eine Referentin des AK Justiz skizzierte den Umgang mit den Tätern durch die Nachkriegsjustiz. Danach folgte ein Redebeitrag des AK Antifa Mannheim, der die momentanen Aktivitäten der rechtsextremen Szene in der Rhein-Neckar-Region beleuchtete. Den Abschluss bildete die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD) mit einem Beitrag zum Thema „Täter-Opfer Verkehrung am Beispiel des Heldengedenkens in Heidelberg“. Aufgerufen zu den Veranstaltungen hatten der Arbeitskreis Justiz in Mannheim, die Jugend gegen Rechts, das Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr“ / AK Antifa Mannheim, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreis Mannheim sowie die VVN-BdA, KV-Mannheim. *JUZ-Mannheim.de* ■

Hakenkreuz an Zimmerwand

Betzdorf. Bei der Durchsuchung des Hauses eines Funktionärs des „Bundes der Vertriebenen“ im Kreisverband Altenkirchen/Westerwald staunten die Polizeibeamten nicht schlecht. So habe an gut sichtbarer Stelle ein historischer Teller, im Zentrum das Hakenkreuz-Symbol, gehangen. Illegale Waffen habe man aber bei dem Sportschützen nicht gefunden, der eine große Waffensammlung und größere Mengen Munition besitzt. Weil er eine Waffe jedoch vorzeitig hätte anmelden müssen, muss der Betzdorfer nun eine Geldbuße in Höhe von 500 Euro zahlen. *hma* ■

Schlesien-Schule umbenannt

Berlin. Gegen die Stimmen von CDU und FDP hat die Bezirksvertretung Charlottenburg-Wilmersdorf beschlossen, die Schlesien-Oberschule in Oppenheim-Schule umzubenennen. Die FDP und die „Landsmannschaft Westpreußen“ haben die Entscheidung kritisiert. Nach langen Debatten hätten sich alle Schulgremien für eine Umbenennung ausgesprochen, so Schulstadtrat Naumann. *hma* ■

Erlebnis Revisionismus

In Erfurt debattierten Rechtsextremisten über die „USA – Die maßlose Weltmacht“

Erfurt - Beim „3. Wochenende Erlebnis Geschichte“, das vom 26. bis 28. September im Erfurter Dorint-Hotel stattfand, traten eine ganze Reihe von stramm rechten Autoren und Publizisten auf, darunter Walter Post, Wolfgang Juchem und Pierre Krebs. Ausgerichtet wurde der Kongress (Motto: „USA – Die maßlose Weltmacht“) vom Druffel-Verlag und der Zeitschrift „Deutsche Geschichte“, beide in den Händen von Gert Sudholt. „Unserer Tagung fand bei den Lesern größte Aufmerksamkeit und wir konnten einen Teilnehmeransturm ohnegleichen verzeichnen“, jubelt der Inninger Verleger in der November-Ausgabe der „Deutschen Geschichte“. Dies war nicht das erste Mal, dass ein derariger Kongress in einem Thüringer Dorint-Hotel stattfinden konnte: Bereits in den Jahren 1997 und 1998 tagte die Gesellschaft für freie Publizistik im Geraer Dorint-Hotel.

Der Sprecher der Aktion Freies Deutschland Wolfgang Juchem ist bereits bei zahllosen Vereinen und Veranstaltungen der rechten Szene ans Rednerpult getreten, darunter die Deutsche Liga für Volk und Heimat und die Gesellschaft für freie Publizistik, deren 2. Vorstand Veranstalter Sudholt ist. Ende Juni 2003 referierte Juchem bei einer vom NPD Kreisverband Saalfeld / Rudolstadt und der Freien Kameradschaft Rudolstadt organisierten Saalveranstaltung. Zweiter Redner war der Landesvorsitzende der NPD Thüringen Frank Schwerdt.

Der Militärhistoriker Walter Post veröffentlichte unlängst im revisionistischen Grabert Verlag einen Wälzer über die „Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges“, in der aktuellen Ausgabe der „Deutschen Geschichte“ wird er dazu befragt. Post schrieb unter anderem in den rechten Blättern „Aula“ , „Junge Freiheit“ und der „Deutschen Militärzeitschrift“. Als Referent sprach er bei der Rudolf Hess Gesellschaft, den „Kärntner Kulturtagen“ des Kulturwerks Österreich sowie der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft in Hamburg. Mehrmals ist er als Kritiker der so genannten Wehrmachtssausstellung in Erscheinung getreten.

Am Ende der Tagung war ein Referat von Pierre Krebs vorgesehen, der Vorsitzender des Kassler Thule-Seminars ist, einer Denkfabrik der so genannten „Neuen Rechten“. Im Mai war er bei einem vom NPD-nahen Deutsche Stimme Verlag veranstalteten „Freiheitlichen Kongress“ zugange, zuletzt kreuzte er auf dem JN-Europakongress im bayerischen Gremsdorf auf.

In einem auf der Homepage des Thule-Seminars nachlesbaren Interview gibt der gegen das „Judäochristentum“, Egalitarismus und Universalismus wetternde Krebs folgendes zum Besten: „Das multirassische Konzept ist also in der Tat Ausdruck einer zutiefst rassenverachtenden, weil rassenvernichtenden Gesellschaft und folglich das schlimmste Verbrechen, das je an allen Völkern der Erde begangen wurde!“

Neben weiteren Rednern tauchte auch Olaf Rose im Tagungsprogramm auf. Der früher bei der Stadt Herne zum Thema Zwangsarbeit forschende Historiker kam im Mai in die Schlagzeilen, als er dort wegen seiner Verbindungen zur rechten Szene seines Postens enthoben wurde. In Erfurt unterrichtete das Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft und „Deutsche Geschichte“-Autor seine Zuhörer über „Die US-amerikanische Besatzungspolitik vom Ersten Kubakrieg bis zum Zweiten Irakkrieg“.

Organisator Sudholt hat unterdessen bereits die Planungen für das „Erlebnis Wochenende Geschichte 2004“ aufgenommen, das am 25./26.September über die Bühne gehen soll.

Magnus Bosch ■

Einblick in die Terrorbehörde

Als Studienausgabe für 25 Euro ist in der „Hamburger Edition“ des „Instituts für Sozialforschung“ eine aktualisierte Neuausgabe des Buches „Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes“ von Michael Wildt erschienen. Die 966 Seiten schwere Habilitationsschrift gibt einen umfangreichen Einblick in die Struktur, die Arbeitsweise und über die Akteure der 1939 aus Geheimer Staatspolizei. Kriminalpolizei und SS-Sicherheitsdienst geschaffenen Terrorbehörde der Nazis. Einen großen Raum nehmen die Aktivitäten des „Reichssicherheitshauptamtes“ nach Beginn des zweiten Weltkrieges in den von den Nazis besetzten Gebieten ein. Auch nicht verschwiegen werden die Nachkriegskarrieren so mancher dieser Verbrecher: So wurde der älteste Beamte des Amtes, der SS-Mann Leonhard Halmanseger, gar nach 1945 Mitarbeiter des sogen. „Verfassungsschutzes“ in Bayern. Ein wichtiges Buch, wenn es um die Aufdeckung der NS-Verbrechen geht. Lediglich ein Ortsregister hätte noch gefehlt. *H* ■

Mehr als nur *ein* Hohmann...

HAMBURG. Wer meint, die CDU würde nach der Hohmann-Affäre nun mit ihrem extrem rechten Rand aufräumen, irrt. Die CDUler, die sich um die „Die Deutschen Konservativen e.V.“ (Ehrenpräsident Heinrich Lummer, CDU) versammelt haben, stehen dem CDU-Rechtsausleger Hohmann in nichts nach. Ein Blick in die neueste Ausgabe der „DZ - Konservative Deutsche Zeitung“, die sich auch in der Tradition des mittlerweile eingestellten „Deutschland-Magazins“ sieht, beweist die engen Beziehungen vom rechten Rand der CDU/CSU zur extremen Rechten.

„DZ“-Chefredakteur Ivan Denes gehört der „Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg“ an und war auch Autor in der „Jungen Freiheit“ und dem „Ostpreußenblatt“. Denes referierte bei der Berliner Burschenschaft Gothia und war unlängst noch Teilnehmer des Sommerfestes der „Jungen Freiheit“. Als Autor der „DZ“ darf natürlich auch der bereits wegen „Volksverhetzung“ verurteilte ehemalige „BILD“-Redakteur Joachim Siegerist nicht fehlen. Der hat gerade als Vorsitzender des Hamburger Vereins in einem Rundbrief zur Solidarität mit Martin Hohmann („hochanständiger Mann“) aufgerufen und berichtet in der „DZ“, dass er nun auch Mitglied des „Freundeskreises der Konrad-Adenauer-Stiftung“ geworden sei. Dort hatte sich Siegerist auch zugleich über die angebliche „Verhunzung“ und „Vermischung“ der deutschen mit der englischen Sprache in einer Informationsschrift der Stiftung beschwert.

Die Mitgründerin der Berliner CDU, Ursula Besser, macht sich für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin stark und auch der Ehrenpräsident der „Deutschen Konservativen“, der Berliner CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer, ist mit einem Beitrag vertreten. Neben dem Präsidenten der „Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg“, Volker Tschapke („Das Vaterland ist in Gefahr“), neuerdings einer der beiden Komture des „Bismarckordens“, findet sich in der „DZ“ auch ein Artikel von Klaus C. Holmar. Holmar berichtet dort über eine umstrittene Kranzschleife einer „Kameradschaft Ostara“ in Nordhausen. Holmar weiß, wovon er spricht. 1994/95 war er für das „Deutsche Rechtsbüro“ tätig, das in neofaschistischen Publikationen für seine „Merklisten“ mit Verhaltensmaßregeln und Rechtsmitteln wirbt. 1994 erschien auch ein Text von Holmar in der neofaschistischen Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ („Grabert-Verlag“), wo er unter der Überschrift „Die Gaskammern und die bundesdeutsche Justiz“ über den „Volksverhetzungs“-Prozess gegen den damaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert berichtete.

Mit einem Beitrag über den „Mythos“ RAF ist der ehemalige SDSler Bernd Rabehl vertreten. Der Mitarbeiter des „Foschungsverbundes SED-Staat“ referiert heute vor Burschenschaftlern und beim um die „Junge Freiheit“ angesiedelten „Institut für Staatspolitik“. Die Achse zum FPÖler Jörg Haider, zu dem „Die Deutschen Konservativen“ Verbindungen unterhalten, wird in der „DZ“ von Dr. Andreas Skorianz repräsentiert, der über die „Koskaken-Tragödie in Tirol“ schreibt. Die Bundesvorsitzende der christlich-fundamentalistischen „Christlichen Mitte“, Prof. Adelgunde Mertensacker, Mitgründerin des Hamburger Vereins und Referentin bei den sog. „Republikanern“, berichtet über „Scharlatane und Quacksalber“ auf dem Gebiet der Medizin. Dr. Heiner E. Kappel, Vorsitzender der „Deutschen Partei“, der im Mai der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ ein Interview gab, lobt in seinem Artikel die Initiative Siegerists, rechte Kleingruppen und Kleinparteien einen zu wollen und hofft, nun endlich zu einer „vereinigten politischen Kraft“ auf der Rechten zu kommen.

Auf dem nächsten Kongreß der „Die Deutschen Konservativen“ Ende Februar 2004 im Harz soll auch wieder der CDU-Mann Prof. Hans-Helmuth Knütter sprechen. Der „Experte“ in Sachen Anti-Antifa („Handbuch des Linksextremismus“) tritt auch bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) auf. Auch Jan Timke, zuletzt Landesvorsitzender der Schill-Partei „PRO“ in Bremen und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“ und die Hamburger Rechtsanwältin Gisa Pahl, einst Mitarbeiterin in der Kanzlei des Neonazi-Anwalts Jürgen Rieger werden dort erwartet. *hma* ■

Die Fahne hoch!

Nicht nur dem DS-Magazin gibt der Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche Auskunft.

„Wer ist Herr Nitzsche?“, soll CSU-Fraktionsgeschäftsführer Peter Ramsauer nach bekannt werden rassistischer Äußerungen gegenüber Muslimen des Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche (CDU) gefragt haben. Vielleicht kennt Ramsauer den sächsischen Hinterbänkler wirklich nicht, bei dessen Affinität zur bayrischen CSU allerdings schwer vorstellbar.

Bekannter ist Nitzsche da schon bei der rechtsextremen Zeitschrift „Junge Freiheit“. Im März 2003 gab er als „CDU-Bundestagsabgeordneter“ und „Mitbegründer des Demokratischen Aufbruch“ dem rechten Periodikum unter dem Titel „Die deutsche Fahne schwenken“ ein Interview. Das Gespräch in der rechtsextremen Postille firmierte unter der Headline „Der CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche widersetzt sich in der Irak-Frage seiner Fraktion und fordert nationales Selbstbewußtsein statt ‘Dank für die Befreiung’“.

Angesprochen auf seine bekannte Haltung zum Mangel an deutscher Souveränität, antwortete Nitzsche „dass viele Menschen in den alten Bundesländern offenbar vergessen haben, wie die deutsche Fahne aussieht!“ Er weiß es und habe sie natürlich auch geschwenkt, betont Nitzsche, und zwar „nicht nur für die Einheit unseres Vaterlandes, sondern auch für die Freiheit und den ‘aufrechten Gang’“. Seine Begründung für schwarz-rot-gold ist simpel wie politisch eindeutig: „Für viele Deutsche hier war sie ein Zeichen, endlich das sagen zu dürfen, was man denkt und seinem Gewissen folgen zu können, statt tun zu müssen, was man uns im Namen der angeblichen ‘Lehren aus der Vergangenheit’, - damals war das der Antifaschismus, heute ist es die ‘Vergangenheitsbewältigung’ und der ‘Dank für die Befreiung’ - aufzwingen will.“ Zudem sieht das Ex-DSU-Mitglied Nitzsche die deutsche Vergangenheit in für ihn ganz eigenem Licht: „Wir sollten nicht vergessen, daß weder Amerika noch die ‘Vergangenheitsbewältigung’ unser Souverän ist, sondern das deutsche Volk.“

Ein frei gewählter CDU-Bundestagsabgeordneter ist Nitzsche also, der nach 1989 nun endlich sagen darf, was er denkt. Ein Politiker, der Vergangenheitsbewältigung auf ganz eigene Art betreibt.

Nitzsche führt in der „Jungen Freiheit“ außerdem an, er habe seinen damaligen „Protest“ gegen den Irak-Krieg satzungsgemäß der Fraktionsführung vorher informativ zur Kenntnis gegeben. Kann man also davon ausgehen, die CDU/CSU-Fraktionsspitze sei nicht unbedingt so uniformiert über Nitzsches aktuelle rassistische Ausfälle gewesen?

Ebenfalls in der „Jungen Freiheit“ versuchte Nitzsche bereits im November 2002 mit einer politischen Verbal-Attacke über die von „Rot-Grün angestrebte Zuwanderung und damit Veränderung des Deutschen Volkes“ braun punkten zu wollen. Der Ort solcher Veröffentlichungen spricht, wie Nitzsche selbst, eine deutliche Sprache.

Aber vielleicht ist das ja alles nur „eine Erfindung des Jusos“, wie ein CSU-Mann die „Nitzsche-Affäre“ gegenüber den Medien einstufte. Auf der Homepage von Nitzsche sind derzeit, aus welchen Gründen auch immer, Gästebuch und Linksammlung nicht auffindbar. Immerhin erreicht man Nitzsches Website noch unter „power-cdu“. Wem das nicht Kraft für Taten gibt? *Olaf Meyer, Dresden* ■

„Wir sind keine tolerante Partei“

Bundesparteitag der Schill-Partei

Nach Schills Rausschmiss als Hamburger Innensenator war der Bundesparteitag der Schill-Partei mit Spannung erwartet worden, weil der Richtungskampf um Außendarstellung der Partei und Rolle ihres Gründers längst nicht entschieden war. Am 1. und 2. November fand der Parteitag in Düsseldorf statt – entschieden ist immer noch nichts, vielmehr kam es zu einem unausgesprochenen Kompromiss zwischen den Fraktionen.

Da ist Schill selbst, dem die Delegierten einen begeisterten Empfang bereiteten und der Hamburger Führungscrew um Mario Mettbach zu verstehen gaben, dass sie gegen Schill nur verlieren können. Mettbach verlegte sich daher auf das Lob Schills, den man unbedingt brauche und der auch den Hamburger Parteivorsitz behalten solle. Ganz anders als in der Rathauskrise, die zur Entlassung des Innensenators führte, positionierte sich der Bausenator auf Seiten Schills. Bürgermeister von Beusts Krisenmanagement sei „unter aller Sau“ gewesen. Ein rein taktisches Argument, um seine Position in der Partei nicht auf-’s Spiel zu setzen. Den instrumentellen Charakter der Beust-Kritik räumte Mettbach in erstaunlicher Offenheit ein, als er sich bei von Beust entschuldigte. Aber es habe ein Auseinanderbrechen der Partei gedroht. Damit dürften v.a. die „Verräter“-Rufe gegen ihn selbst gemeint gewesen sein.

Immerhin, das Theaterspielen hat sich für Mettbach und Co. gelohnt: Nicht nur behielten sie ihre Posten und sicherten die Hamburger Regierungskoalition, es gelang auch, Schill zum Parteiaufbau außerhalb Hamburgs wegzuloben. Ein doppelter Vorteil, zum einen kann Schill den dank seiner Popularität und seinem lärmigen Auftreten tatsächlich voranbringen, zum anderen ist ein Störfaktor aus der Hamburger Politik (vorübergehend) ausgeschaltet. Das Manövrieren zwischen zwei Notwendigkeiten für die Partei gelang vorerst: einerseits braucht es die politische Biederkeit und das Beachten parlamentarischer Gepflogenheiten, um in Hamburg an der Regierung zu verbleiben, andererseits kann man bei Wahlen nur Aufmerksamkeit erreichen, indem rechte Duftmarken gesetzt werden. Die Düsseldorfer Entscheidungen lassen den Versuch der Partei erkennen, sich entsprechend zu konturieren. Allerdings handelt es sich hierbei um einen wackligen Kompromiss zwischen den Parteiflügeln.

Ähnliche Schwierigkeiten mussten bei der Verabschiedung des Parteiprogramms überwunden werden. Hier galt es neben rassistischen und „law and order“-Thesen auch einige „demokratische“ Äußerungen zu lancieren, um sich gegen Kritik zu wappnen. Aber viele in der Partei sehen diese taktische Notwendigkeit nicht und plädieren für ein ehrlicheres Programm. So musste die Entscheidung um einen Absatz in der Präambel, der behauptete, man trete ein für „Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Kulturen“, vertagt werden. Aus der Basis wurde dem entgegnet: „Wir sind keine tolerante Partei!“

Dem ist nichts hinzuzufügen. *F* ■

Am 9. November wurde der Grundstein für das neue jüdische Zentrum in München gelegt

Neue Heimat für jüdisches Leben

Seit der Reichspogromnacht vor 65 Jahren spielte sich das alltägliche jüdische Leben in München unsichtbar hinter streng bewachten Mauern ab. Mit der Grundsteinlegung am 9.11. für das neue jüdische Zentrum auf dem Sankt-Jakobsplatz kehrt es wieder sichtbar und erfahrbar in das Herz der Stadt zurück. „Wer baut, der bleibt“ bekannte Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. „Seit dem 9.November 1938 war ein Teil von mir immer noch auf der Flucht. Heute Abend werde ich damit beginnen, diese Koffer zu öffnen und jedes einzelne Teil an den Platz zu räumen, den ich dafür freigehalten habe. Heute nach 65 Jahren bin auch ich ganz wieder in meiner Heimat angekommen.“ Unter den geladenen Gästen befanden sich Bundespräsident Johannes Rau, Ministerpräsident Edmund Stoiber, Oberbürgermeister Christian Ude, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland Paul Spiegel und der Israelische Botschafter Simon Stein. Nach der Grundsteinlegung wurde der Bauplatz für die Allgemeinheit geöffnet. Prominente und Zeitzeugen stellten sich Fragen zur Vergangenheit und Zukunft der fast 1000 jährigen jüdischen Gemeinde in München und Paul Spiegel beantwortete bei einer Buchpräsentation die Frage „Was ist koscher?“

Bis zum Jahr 2007 soll die neue Heimat der Münchner jüdischen Gemeinde vollendet werden. Eine gläserne Kuppel über der neuen Hauptsynagoge wird Offenheit und Zuversicht symbolisieren. Im Gemeindezentrum werden sich ein Kindergarten, eine Sozialstation, eine Grund- und eine Volkshochschule, ein Jugend- und ein Seminarzentrum sowie eine Bibliothek befinden. Ein koscheres Restaurant und ein Kulturzentrum sollen dazu beitragen, das Zentrum zu einem Ort der Begegnung von Juden und Nichtjuden zu machen. Ein Drittel des 60 Millionen teuren Neubaus wird durch den Verkauf des Grundstücks finanziert, auf dem die 1938 zerstörte Hauptsynagoge stand. Der Freistaat Bayern fördert das Projekt mit sieben Million Euro. Den Rest des Geldes bringen Spender auf. Den Baugrund selber hatte die Stadt München der Israelitischen Kultusgemeinde kostenlos überlassen. Die Stadt tritt auch als Bauherrin des Jüdischen Museums auf, dessen Schwerpunkt auf der Geschichte der Münchner jüdischen Gemeine als Einwanderergemeinde liegt.



Rechtzeitig zur Grundsteinlegung hatten Historiker im Münchner Stadtarchiv einen Fund von hoher historischer Bedeutung gemacht: die Grundsteinbüchse der im Juni 1938 noch vor der Reichspogromnacht von den Nazis abgerissenen Hauptsynagoge in der Herzog-Max-Straße. Es ist die einzige noch existierende Grundsteinbüchse einer zerstörten Synagoge. „Ein Schandfleck verschwindet“, hatte der „Stürmer“ gejubelt, als auf dem Gelände des jüdischen Gotteshauses ein Parkplatz gebaut wurde. Für Juden in ganz Deutschland war dies das Signal, dass die nationalsozialistische Judenverfolgung in eine neue eliminatorische Etappe ging, die keinen Platz mehr für jüdisches Leben in Deutschland lassen sollte. Kurz nach dem 9. November 1938 begann die Deportation jüdischer Männer ins KZ Dachau. 1945 fanden die amerikanischen Truppen in der ehemaligen „Hauptstadt der Bewegung“ gerade noch 84 Juden. Vor Beginn der NS-Diktatur waren es 9000. Fast so viele Münchner bekennen sich heute wieder zum Judentum. Nachdem in den 90er Jahren viele Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach München gekommen sind, verfügt die Stadt heute über die zweitgrößte jüdische Gemeinde in Deutschland. „Die Erinnerung an die Vergangenheit ist ein wesentlicher Teil des geistigen Fundaments, auf dem wir unsere Zukunft bauen“, erklärte Charlotte Knobloch bei der Grundsteinlegung. Symbolisch hierfür wurde eine Kassette mit Namenslisten der während des Holocaust ermordeten jüdischen Münchner zusammen mit der Grundsteinbüchse im Jakobsplatz versenkt. →

Vom Schicksal eines Untersuchungsausschusses

Die jetzt beklagte Tradition der Bundeswehr haben SPD und Grüne gewollt

Ein Kommentar von Ulli Sander

Der Chef des Kommandos Spezialkräfte, Brigadegeneral Reinhard Günzel, hat zum Entsetzen seiner Vorgesetzten das ihm auferlegte Schweigen gebrochen, das ihm besonders hinsichtlich seiner kleinen Untergrundarmee befohlen worden war. Er schrieb dem rechtsextremen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann einen zustimmenden Brief zu dessen Thesen von den Juden als Tätervolk im Rahmen des Bolschewismus und der Oktoberrevolution. Günzel nannte Hohmanns Rede mit den entsprechenden Äußerungen eine ausgezeichnete Ansprache mit „Mut zur Wahrheit und Klarheit", wie man sie in Deutschland „nur noch sehr selten hört und liest". Man werde mit solchen Aussagen zwar von den Medien in die „rechtsradikale Ecke gestellt", aber man spreche damit „der Mehrheit unseres Volkes eindeutig aus der Seele". Hohmann solle mutig weiter Kurs halten und sich nicht durch „Anwürfe aus dem linken Lager" beirren lassen.

Nun nach dem Hohmann/Günzel-Skandal wird wieder nach einer Untersuchung in der Bundeswehr gerufen. Es sei daran erinnert, wie die letzte Untersuchung dieser Art ausging: Kurt Rossmanith, Obmann für Sicherheits- und Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und vehementer Verteidiger der Benennung von Kasernen nach Leuten wie Eduard Dietl, Hitlers Lieblingsgeneral, legte den Untersuchungsbericht vor und befand: Alles in Ordnung. Das war am Ende des 13. Bundestages im Sommer 1998, als der Untersuchungsausschuss zu den „rechtsextremen Vorfällen" in der Bundeswehr seinen Bericht erörterte. Im Plenum lehnte die Unions-FDP-Koalition Anträge der Grünen und der SPD ab. Diese Anträge haben sie später, als sie an der Regierung waren, nie wieder gestellt – und sich auch nicht danach gerichtet. Weder wurde das Verhältnis Bundeswehr/Wehrmacht zweifelsfrei geklärt, noch wurde den alten Traditionsverbänden der Stuhl vors Kasernentor gestellt.

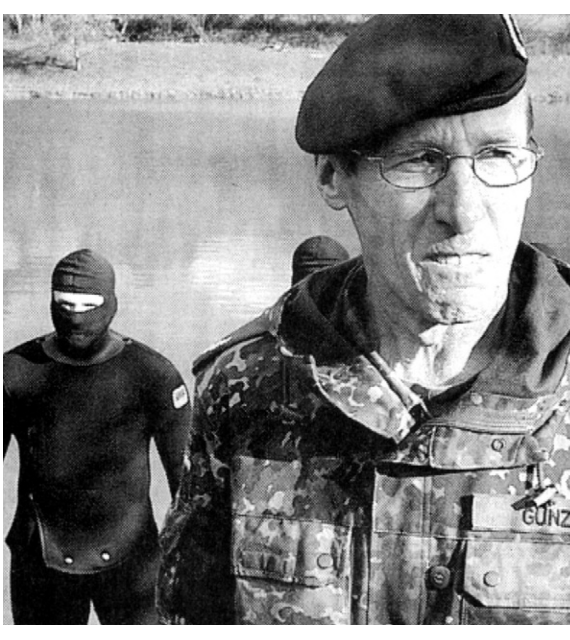
Struck sagte, es handelt sich bei Reinhard Günzel um einen einzelnen „verwirrten General, der einem noch verwirrterem CDU-Abgeordneten aufgesessen ist". Da soll wohl von den verwirrten SPD-Ministern und Verteidigungsausschussmitgliedern abgelenkt werden, die einem solchen General freie Hand ließen. Niemand weiß, was er mit seiner KSK in den „Kampfeinsätzen" trieb. Die Abgeordneten verzichteten gar auf Nachprüfungen. Die Fallschirmjäger, die Truppe des antisemitischen deutschen Generals, sie drucken in Werbebroschüren das alte Nazi-Liedgut wie „Rot scheint die Sonne", das Göring so gern hörte, sie feiern die Siege von Monte Cassino und Kreta. Schon lange vor der KSK-Gründung übten sie den „Einsatz hinter feindlichen Linien". Nun musste der General aus der vorderen Linie abgezogen werden. Es hätte viele Gründe gegeben, ihn dort nie zu platzieren.

Das war am Ende des 13. Bundestages im Sommer 1998, als der Untersuchungsausschuss zu den rechtsextremen Vorfällen in der Bundeswehr seinen Bericht erörterte: Im Plenum lehnte die Unions-FDP-Koalition einen Antrag der Bündnisgrünen zu diesem Bericht ab. Leider haben sich die Grünen nicht mehr daran gemacht, diesen Antrag neu einzubringen. Der bisherigen Bundesregierung wurde darin vorgeworfen, sie habe „es bewusst unterlassen, das Verhältnis von Bundeswehr und Wehrmacht zweifelsfrei und verbindlich zu regeln."

Klipp und klar sollte es nach Meinung der Grünen von 1998 in einem Beschluss des Bundestages heißen: „Die Wehrmacht als eine der tragenden Säulen des NS-Regimes kann keine Tradition der Bundeswehr begründen." Dies wurde nicht verwirklicht. Weiter verurteilten die Bündnisgrünen „die Tendenz, die Umsetzung des Leitbildes vom ‚Staatsbürger in Uniform' zugunsten einer Ausbildung von entschlossenen universellen Kämpfern zu opfern." Jetzt setzen die Grünen diesen Kämpfer universell ein.

„Der Deutsche Bundestag sollte die Bundesregierung – nach Wunsch der Grünen – auffordern, das „Leitbild des Staatsbürgers in Uniform durch eine Intensivierung der politischen Bildung, eine Verbesserung der Rechtsausbildung und eine gelebte Innere Führung in die Realität umzusetzen." Doch die politische Bildung geht immer mehr zu Lasten der Einübung des Kämpfers.

Weiter sollte der Bundestag beschließen, er sehe „in der Namensgebung von Kasernen und Schiffen einen wichtigen Beitrag für eine glaubwürdige demokratische Traditionspflege. Er fordert die Bundesregierung auf, die gegenwärtigen Kasernen- und Schiffsnamen auf ihre zeitgemäße demokratische Leitbildfunktion hin zu überprüfen." Nichts dergleichen geschah. Bis auf eine Umbenennung blieb es bei den alten Namen der Kasernen, blieb es bei den antisemitischen und faschistischen Vorbildern wie Fritsch und Mackensen. Am Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion waren folgende Kasernen-Patrone der Bundeswehr beteiligt: Hüttner (Hof), Lilienthal (Delmenhorst), Konrad (Bad Reichenhall), Röttiger (Hamburg), Fahnert (Karlsruhe), Schultz (Munster), von Seidel (Trier), Mölders (Visselhövede und Braunschweig), Schreiber (Immendingen), Medem (Holzminden) und Heusinger (Hammelburg).



Der Deutsche Bundestag sollte 1998 weiter die Bundesregierung auffordern, „bestehende Patenschaften zwischen Bundeswehr und ehemaligen Verbänden der Wehrmacht offenzulegen und aufzulösen". Nichts dergleichen geschah.

Während das Darmstädter Signal, eine kritische Soldaten- und Offiziersgruppe, bestehend vorwiegend aus Reservisten, faktisch Hausverbot bei der Bundeswehr

---

Fortsetzung von Seite 7

Seit Mittwoch stand der Jakobsplatz unter ständiger Polizeibeobachtung. Sprengstoffhunde und Scharfschützen waren im Einsatz. Die kürzlich aufgedeckten Attentatspläne einer neonazistische Terrorzelle gegen den Neubau des jüdischen Zentrums machen deutlich, dass die Grundsteinlegung noch lange nicht der erhoffte „Beginn einer Normalität jüdischen Lebens in der Stadt" ist. 14 Kilogramm Sprengstoff hatten die Mitglieder der Kameradschaft Süd um Martin Wiese beschafft, um ihn in der Kanalisation unter dem Jakobsplatz zu zünden. Generalbundesanwalt Kay Nehm will jetzt gegen 13 Neonazis Anklage wegen Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung erheben.

Nikolaus Brauns ■

hat, genießen die Traditionsverbände alle Freiheiten. Als die VVN-BdA zu Pfingsten in Mittenwald Gäste aus den Orten in Griechenland eingeladen hatte, die von der Gebirgstruppe der Wehrmacht grausam heimgesucht wurden, da bot sie der Bundeswehr an, diese Gäste in die Kasernen der heutigen Gebirgstruppe zu entsenden. Die Divisionsleitung in Sigmaringen lehnte ab, das Ministerium schwieg. Die zuständige 10. Panzerdivision betreute zu Pfingsten das Treffen des berüchtigten völkisch-nationalistischen Kameradenkreises der Gebirgstruppe, in dem sich zahlreiche mutmaßliche Täter gegenseitig ihre Unschuld beeiden.

„Der Deutsche Bundestag“, so sollte nach Meinung der Grünen 1998 weiter beschlossen werden, „fordert die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass alle Traditionsräume den Anforderungen der Traditionsrichtlinien aus dem Jahr 1982 entsprechen und bei Nichtbeachtung die zuständigen Kommandeure zur Verantwortung gezogen werden.“ Ein Bericht, was daraus wurde, liegt nicht vor. Es liegen jedoch stolze Berichte in Blättern der Traditionsverbände vor, in denen geschildert wurde, wie während der Untersuchungen des Bundestages in Kasernen die äußerlich sichtbaren Merkmale der Traditionsarbeit korrigiert wurden, um hinterher wieder in den alten Zustand versetzt zu werden.

Was geschah also nachdem die Grünen in der Regierung saßen? Nichts. Ihr Antrag wurde nie wieder hervorgeholt. Und an der Traditionsarbeit der Truppe änderte sich nichts.

Die gesamte gesamtdeutsche Militärkonzeption, maßgeblich von den Militärs in den Jahren von 1990 bis 1998 erarbeitet, wurde beibehalten. Bereits am 3.10. 1990 übernahm die Bundeswehr das NVA-Verteidigungsministerium, und ein stellvertretender Oberkommandierender Bundeswehr-General, Werner von Scheven, versicherte den Soldaten aus Ost und West, die Bundeswehr wolle „nicht hinter den Leistungen der Wehrmacht zurückstehen“ („loyal“ 12/1990, zitiert nach Sander „Szenen einer Nähe/Nach dem großen Rechts Um bei der Bundeswehr“, Bonn 1998). Der Geist, der aus diesen Worten sprach, wurde nicht als alarmierend empfunden und ernst genommen.

Ulli Sander, Dortmund, ist einer der Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der AntifaschistInnen, VVN-BdA ■

IM WORTLAUT

„Eine ausgezeichnete Ansprache“

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter, für Ihren Vortrag zum Nationalfeiertag bedanke ich mich sehr herzlich. Eine ausgezeichnete Ansprache, wenn ich mir dieses Urteil erlauben darf, wie man sie mit diesem Mut zur Wahrheit und Klarheit in unserem Land nur noch sehr selten hört und liest.

Und auch, wenn sich all diejenigen, die sich dieser Auffassung anschließen oder sie gar laut und deutlich artikulieren, von unserer veröffentlichten Meinung sofort in die rechtsradikale Ecke gestellt werden, können Sie sicher sein, dass Sie mit diesen Gedanken der Mehrheit unseres Volkes eindeutig aus der Seele sprechen.

Ich hoffe, dass Sie sich durch Anwürfe aus dem vorwiegend linken Lager nicht beirren lassen und mutig weiterhin Kurs halten.

Mit einem herzlichen Gruß bin ich Ihr
Reinhard Günzel, Brigadegeneral.“

Gedenken an die Pogrome im November 1938

AACHEN. Wie in vielen Städten fand auch in Aachen eine Kundgebung statt. Wir dokumentieren Ausschnitte aus der Rede von Susanne Hendeß, Gruppe Z, Stolberg und VVN-BdAKreisverband Aachen:

„Vor siebzig Jahren, im Jahr 1933, lebten in Aachen 1345 Jüdinnen und Juden. Bei etwa 160.000 Einwohnern der Stadt machte das einen Anteil von 0,83 % aus. Obwohl - ebenso wie heute - wenig persönliche Erfahrungen im Umgang miteinander existierten, konnten die Nazis mit ihrem militanten und auf Vernichtung gerichteten Antisemitismus auch in Aachen Mehrheiten gewinnen oder im Bündnis mit Konservativen bilden. Die Herausdrängung allen jüdischen Lebens aus der Stadt war nur fünf Jahre später so weit gediehen, dass weniger als 800 Jüdinnen und Juden in der Stadt wohnten. Während der Pogrome wurden 268 Menschen verhaftet und in Konzentrationslager gesperrt.

Der Terror von NSDAP, SA und SS funktionierte unter der Zustimmung, mindestens aber Duldung der Aachener Bevölkerung. Fotos vom Geschehen an diesem Platz zeigen eine Menschenmenge, die den von Feuerwehr und Polizei entfachten Brand der Synagoge als ein Schauspiel bergreifen, das sich außerhalb ihres Einflussbereichs befand. „Man“ war dabei, „man“ schaute zu, „man“ unterhielt sich, „man“ zuckte mit den Schultern, dachte sich sein Teil und ging, als es nichts mehr zu sehen gab. „Andere“ hatten die Synagoge angezündet, „andere“ verloren ihr Gotteshaus, ihre Freiheit, ihr Leben, „man selbst“ fühlte sich unbeteiligt und handelte entsprechend: nämlich – gar nicht.

... Wenn es nach dem Willen einer Neonazi- Gruppe gegangen wäre, würde heute in München bei der Grundsteinlegung eines jüdischen Gemeindezentrums eine Bombe detoniert sein. Wie schon beim Oktoberfestattentat 1980 waren Hunderte Tote und Verletzte einkalkuliert. Der mörderische Plan der Nazis wurde diesmal vereitelt. Aber das darf uns nicht beruhigen.

Die verhinderten Mörder sind nicht so isoliert, wie es erste Reaktionen glauben machen. Die „Kameradschaft Süd“ ist Teil einer bundesweiten Organisation, die aus der verbotenen FAP entstand. Auch in Aachen gibt es eine „Kameradschaft Aachener Land“ und eine „Freie Kameradschaft Aachen“. Diese Gruppen, die sich im Internet präsentieren, sind gewalttätig und kriminell. In Aachen wurde durch die „Kameradschaft“ ein fingierter Brief mit angeblichen Milzbranderregern an die Jüdische Gemeinde verschickt. Fast jedes Wochenende marschieren diese angeblichen „Kameraden“ durch eine Stadt in Deutschland und werden vor den Protesten der Bevölkerung von der Polizei geschützt. Die Polizei ihrerseits beruft sich auf die Justiz, die den Nazis tatsächlich immer wieder grünes Licht für ihre Märsche gibt. So entsteht die auf den ersten Blick paradoxe Situation, dass angeblich alle (d.h. alle im Parlament vertretenen Parteien, die Polizei, die Kirchen, die Gewerkschaften, ja sogar die Unternehmer, weil es dem Export schadet) gegen Nazis und ihre Aufmärsche eintreten, aber leider, leider niemand im Land etwas gegen diese zahlenmäßige Minderheit erreichen kann. Die vorgebliche Ohnmacht von Staat und Gesellschaft gibt den Neonazis Auftrieb.

... Mit gewisser Regelmäßigkeit bricht es aus einem Walser, einem Möllemann, einem Blüm, einem Koch oder jetzt einem Martin Hohmann oder einem General der Bundeswehr heraus: die Juden seien Schuld. Sie – die Juden - verziehen den Deutschen Auschwitz nicht und schwängen die Moralkeule - behauptete Martin Walser. Wer die ungerechte Reichtumsverteilung in Deutschland kritisiere, hefte den Reichen Judensterne an, fand CDU Ministerpräsident Koch. Vergessen ist der CDU Politiker, der vorschlug, zur Sanierung der maroden Stadtfinanzen mal einen reichen Juden totzuschlagen. Niemand redet mehr von der infamen Lüge der hessischen CDU, ihre illegalen Gelder aus Waffengeschäften stammten aus dem Vermächtnis verstorbener Frankfurter Juden.

...Die Behauptung, es gebe ein Tabu, Israel zu kritisieren, war und ist Unsinn. Die Kritik an Israel hat es immer gegeben. Erst die Verbindung dieser Kritik mit den Selbstentlastungen deutscher Geschichte rührt an ein Tabu: Die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland sind in ihrer Dimension und in ihrer Durchführung einzigartig und sie dürfen weder vergessen, noch relativiert, gar geleugnet, noch entschuldigt werden.

Diese Verbrechen dürfen sich schlicht und einfach nie mehr wiederholen...

■

Der Front National im (Vor-)Wahlkampf:

Le Pen-Tochter Hauptrednerin auf BBR-Fest



Na, wer sagt denn, dass Parteigänger der extremen Rechten keinen Humor besäßen? Humor, bei diesen Leuten geht das so: „Haben Sie auch nichts Unerlaubtes dabei? Sie wissen, bei uns sind nur Offensivwaffen erlaubt, (aber) keine Defensivwaffen.“ Ha ha. Sehr witzig. Der Mann in der blauen Uniform des DPS (Département Protection - Sécurité, Abteilung Schutz und Sicherheit), des parteieigenen Ordnerdiensts beim Front National, tastet mich noch kurz mit seiner Metallsonde ab. Ich tue so, als lachte ich über seinen Spitzenwitz, und setze sogleich eine grimmige Miene auf. Blickt so ein richtiger FN-Sympathisant drein? Anscheinend ja, jedenfalls will der Türsteher nicht mal mehr den Inhalt meines Rucksacks begutachten.

Drinnen im Saal steht die Hauptrednerin des heutigen Nachmittags bereits hinter der Rednertribüne, wir schreiben Samstag, den 8. November. Rund 2500 Leute sitzen in langen Stuhlreihen, einige von ihnen halten blau-weiß-rote Nationalfahnen, mit denen sie schwenken, wenn ein Stichwort fällt, das sie besonders anzusprechen scheint. Etwa „Nation“ oder „Le Pen“. Auf den ersten Blick fällt auf, dass gut 75 Prozent älter als fünfzig Jahre sein dürften. Ein paar jüngere Leute stehen, mangels Sitzplatz, am Rande.

An diesem Wochenendtag feiert der FN sein „Blau-Weiß-Rot-Fest“, das den Eingeweihen unter seiner Abkürzung BBR bekannt ist (für Bleu-Blanc-Rouge), für die französische Hauptstadtregion. In früheren Jahren gab es nur ein landesweites BRR-Fest, alljährlich Ende September, das in den Neunzigern oftmals fünfstellige Besucherzahlen anzog. Doch seit dem Wechsel im Pariser Rathaus, der im März 2001 stattfand und den Sozialdemokraten Bertrand Delanoe auf den Stuhl des notorisch korrupten, rechten Bürgermeisters Jean Tiberi rücken ließ, ist es vorbei mit der „Herrlichkeit“.

Zwar ist die Stadt nach wie vor rechtlich verpflichtet, das Gelände im Stadtwald Bois de Vincennes, das lange Jahre der Unterbringung der Fête BBR diente, allen Parteien und damit auch dem FN auf Antrag zu vermieten – wenn es denn frei ist. Seit 2001 jedoch hat die Stadtverwaltung entdeckt, dass Mitte und Ende September immer ein Zirkus auf dem Rasengelände gastiert, und der Platz daher leider leider unabkömmlich ist. Es zeigt sich, dass es tatsächlich möglich ist, den „Volksfesten“ der extremen Rechten einen Riegel vorzuschieben, wenn nur ein bisschen Wille und Fantasie da ist.

Auf regionaler Ebene und in bescheideren Dimensionen hat der FN sich jetzt Ersatz besorgt, mit dem Veranstaltungssaal Salle Equinox an der südlichen Pariser Stadtgrenze. Die modern ausgestattete Halle mit zwei Stockwerken gehört zum Pariser Giganten-Schwimmbad „Aquaboulevard“. Derselbe Saal hatte bereits den vorletzten FN-Parteitag im April 2000 beherbergt.

Freilich hatte das Anmieten des Saals einen unfreiwillig komischen Nebeneffekt: Im oberen Stockwerk, wo die Verkaufsstände der rechtsextremen Parteigliederungen aufgestellt werden, führen einige Bahnen des Schwimmbades direkt an der Außenwand vorbei, die sie an einer Stelle sogar durchqueren. So konnte man ab und zu – vielleicht ahnungslose – Schwimmer vernehmen, die sich die ganze schöne Gesellschaft von unten her und in der Badehose ansehen konnten! Urkomisch wirkt das neben den reichlich verkrampft wirkenden katholischen Fundamentalisten, die etwa Faltblätter der rechtsradikalen Abtreibungsgegner-Vereinigung „SOS tout petits“ (SOS ganz Kleine) anbieten. Nicht nur Schwangerschaftsabbrüche sind demnach zu verdammen, sondern vor allem auch Verhütungsmittel.

Familienplanung sei „Revolution und Mord“, ist ein solches Faltblatt überschrieben, denn es handele sich bei Empfängnisverhütung um einen „revolutionären Akt“, da in die natürliche Ordnung eingegriffen wird und „die Sitten, die Familie und die gesamte Gesellschaft umgewälzt“ würden. Schlimm. „Noch nie hat die Menschheit ein solches Massaker erlebt, in solcher Zahl und so alltäglich. Alle Opfer sind unschuldig, 50 Millionen pro Jahr in der Welt“ (der Holocaust muss dagegen eine Kleinigkeit gewesen sein). Das ist nur dank einer gigantischen Verschwörung möglich. Denn die Familienplanung wird „durch die Lobbies, den Großkapitalismus und die Regierungen (!) finanziert. Sie ist die tödliche Sichel des mondialisme“. Unter dieser letztgenannten Vokabel haben die Rechtsextremen den objektiven Prozess der Globalisierung (französisch mondialisation) und die ihnen verhasste Ideologie des Internationalismus oder Universalismus in einer einzigen Vokabel zusammengezogen, die quasi als Chiffre für die Weltverschwörung (von Juden, Marxisten und Freimaurern) steht. Man solle Ende November zum öffentlichen „Beten“ kommen, quasi vor der Tür eines (feministischen) Familienplanungsinstituts, dessen Mitarbeiterinnen damit moralisch zum Abschuss freigegeben würden.

Nicht alle, vor allem nicht die jüngeren FN-AnhängerInnen würden vermutlich dieses Delirium zum Thema der Abtreibung teilen. Aber was den harten Kern der Aktivisten (jedenfalls auf dem katholisch-fundamentalistischen Flügel, der im ideologischen Wettstreit mit dem neuheidnisch-antichristlichen Flügel steht, der das Christentum als Abkömmling des Judentums ablehnt) umtreibt, wird hier deutlich benannt.

■ Le Pen-Tochter lanciert ihren Wahlkampf

Noch ein anderer Anlass, neben dem verpatzten BBR-Fest vom September, motiviert allerdings die Versammlung an der Grenze zwischen Paris und der Vorstadt Issy-les-Moulineaux: Heute soll nämlich die jüngste Tochter des FN-Parteigründers, Marine Le Pen (35), sprechen, erster Höhepunkt ihres ersten Wahlkampfs als Spitzenkandidatin.



Die meisten anderen Parteien haben noch gar nicht mit der Kampagne zu den Regionalparlamentswahlen, die am 21. und 28. März 2004 frankreichweit stattfinden, begonnen. Anders die Rechtsextremen, die Wahlkampf immer als möglichst intensiven Propagandafeldzug verstanden haben. Auch die Konkurrenz vom stark zusammengeschrumpften MNR zeigt schon Präsenz mittels zahlreich verklebter Aufkleber („Nein zur Einwanderung, nein zur Islamischen Republik in Frankreich“) – doch ist die Materialschlacht in dieem Falle eher das Zeichen eines verzweifelten Kampfs um die politische Existenz. Bei Marine Le Pen hingegen bemüht man sich um eine etwas aufgelockerte Auftretensweise, soll Madame doch als „Modernisiererin“ der rechtsextremen Partei verkauft werden. Die etablierten Parteien wollten einen künstlich verkürzten Wahlkampf, moniert sie auf der Tribübe, da sie „die politische Diskussion um die Sachthemen ersticken“ wollten. Man selbst aber wolle debattieren, jederzeit, gerne.

Auch ansonsten bemüht man sich um ein relativ unverkrampftes Erscheinungsbild. So hat die Le Pen-Tochter das traditionelle Parteisymbol des Front National ein wenig abgewandelt. Bisher zeigt das FN-Wappen eine züngelnde Flamme in den blau-weiß-roten Nationalfarben; sie wurde bei der Parteigründung 1972 vom italienischen neofaschistischen MSI übernommen, der damals die stärkste Partei der extremen Rechten in Westeuropa darstellte und bei der FN-Gründung mithalf. Beim MSI wiederum, als dieser 1946/47 aus der Taufe gehoben wurde, symbolisierte die grün-weiß-rote italienische Flamme „die Seele Benito Mussolinis, die aus seinem Sarg empor steigt“. Daraus nun hat Marine Le Pen ein auf den ersten Blick adrett wirkendes Symbol gemacht: Nicht mehr eine statisch züngelnde, sondern eine dynamisch wirkende verbogene Flamme, die einem Olympiasymbol ähnlich wirkt, zumal sie auf drei (quasi-olympischen) Ringen fußt, die ihrerseits wiederum auf einem vierblättrigen Kleeblatt als Regionalsymbol aufliegen. Auch der Wahlkampfslogan, mit dem für die Tochter des alternden FN-Gründervaters geworben wird – Une femme à vos côtés (Eine Frau an ihrer Seite) – wirkt eher unverfänglich.

■ Die FN-Rhetorik ändert sich kaum

Tatsächlich geht Marine Le Pen in ihrer Rede nicht nur auf die klassischen FN-

Schlager (Ablehnung der Einwanderung, mehr Law & Order) ein, sondern sie greift auch echte gesellschaftliche Probleme auf. Sie spricht von dem, was derzeit vielleicht das drängendste soziale Problem in der Hauptstadtregion Ile-de-France darstellt, dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. „Die (in der Stadt Paris sowie im Regionalparlament regierende) Linke kümmert sich längst nicht mehr um die Probleme derer, die täglich mehrere Stunden mit den Transportmitteln zu ihrer Arbeit fahren und am Abend zurück in ihre Vorstädte. Sofern sie sie heil und lebend erreichen."

Die Linksparteien verträten längst nur noch die Interessen derer, die reichlich Kohle hätten und umso hehrere soziale Prinzipien verträten, als sie von den sozialen Problemen in den Banlieues verschont seien. Daran ist im Kern zumindest so viel sogar richtig, dass die soziale Basis der Pariser Sozialdemokratie heute in der Hauptstadt vorwiegend aus den intellektuellen Mittelschichten, den finanzkräftigen und deshalb problemlos nach Lebensqualität strebenden BoBos (Bourgeois-Bohèmes) besteht. Wenn diese sich überhaupt um Wohnraum für die „kleinen Leute" kümmerte, stellt die Rednerin fest, dann „um neue Wohnhaustürme an den Stadtgrenzen zu planen, mit Blick auf die Stadtautobahn und Abgas garantiert auf allen Stockwerken."

Bis dahin greift Marine Le Pen durchaus reale Begebenheiten auf, die den – seit kurzem wiederentdeckten – „sozialen Anspruch" der extremen Rechten unterstreichen sollen. Nur eines sagt die Rednerin nicht: Was sie denn bei diesen Fragen anders machen würde, wenn sie in die Verlegenheit käme, konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Wer sich nicht festlegt, kann es sich auch mit niemandem verderben.

Nicht fehlen darf in der Rede die neue Argumentationsfigur im Vokabular der extremen Rechten: l'insécurité sociale (Die soziale Unsicherheit). Dadurch sollen die klassisch, polizeilich verstandene „Innere Sicherheit" bzw. Unsicherheit einerseits und die sozialen Probleme zu einem vermeintlichen Ganzen zusammengezogen werden. Alle möglichen, voneinander unabhängigen Problembereiche sollen so auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden: Den der „Unsicherheit", die wiederum auf eine Generalerklärung – die Zerstörung traditioneller gesellschaftlicher Hierarchien und die Unterminierung der Nationen durch Immigration und „Globalismus" – zurück geführt wird. Marine Le Pen macht es vor, indem sie von einer „sozialen, physischen (das betrifft die Straftaten) und sanitären (in Bezug auf die Funktionsstörungen im Gesundheitswesen, als Opfer der Sparpolitik) Unsicherheit" als dreifachem Wortgeschöpf spricht.

Selbstverständlich bleibt daneben genügend Platz für die altbekannten FN-Themen. Das „Einwanderungsproblem" liegt auch Marine Le Pen am Herzen. „Die massive, anarchische und unkontrollierte Immigration" überflute angeblich das Land. Behauptet wird, es lebten „zwei bis vier Millionen (!) nicht registrierte Ausländer" im Land. Dabei dienen ihr als Grundlage zu dieser Behauptung lediglich ein paar Zahlen, welche die konservative Tageszeitung „Le Figaro" am 17. Oktober – anscheinend ohne nähere Prüfung auf ihre Stimmigkeit – publiziert hatte. Würden die Zahlenangaben zutreffen, dann hätte Frankreich – so wiederum Marine Le Pen – „gar nicht 61 Millionen Einwohner, wie offiziell immer angegeben wird, sondern 63 oder gar 65 Millionen".

Dieses reichlich fantastisch anmutende Szenario dient ihr wiederum als Grundlage, um alle sozialen Probleme aus dieser behaupteten Zustandszuschreibung abzuleiten: „Wenn dem so ist, dann nimmt es auch nicht mehr Wunder, dass die Kosten für das Gesundheitswesen, die Kosten für die Versorgung der Arbeitslosen, die Sozialkassen allesamt explodieren". Abgesehen von der Kleinigkeit, dass die „Sans papiers" (oder „illegalen" Immigranten) gar kein Anrecht auf Arbeitslosenversicherung haben. Und offiziell auch nicht auf soziale Absicherung, auch wenn es als Armenrecht eine garantierte Mindestversorgung im Gesundheitsbereich – in Form der Aide médicale d'Etat (AME) – gibt. Genau deswegen sind solche Einwanderer ja auch bei vielen Unternehmen sehr beliebt, da man sie als weitgehend rechtlose, extrem prekäre Arbeitskraftkontingente nutzen kann.

Nicht fehlen darf am Ende ein rhetorischer pseudo-rebellischer Schlenker, da die extreme Rechte sich in ihrer Rhetorik gern als quasi-revolutionäre Kraft gegen „das System" verkauft. Nachdem sie die „Einheitspartei UMPS" (die für die konservative UMP und den sozialdemokratischen PS stehen soll) in überpathetisch wirkender Emile Zola-Pose – „Ich klage an" – aller möglichen Übel beschuldigt hatte, etwa dessen, „alle demokratischen Freiheiten abzuschaffen", kommt sie auf die „Pseudo-Opponenten" zu sprechen. „Ich klage die Bayrou, Pasqua, de Villiers (bürgerliche Politiker außerhalb der Regierungspartei UMP), die Besancenot (Präsidentschaftskandidat der radikalen Linken, der im Vorjahr 5 Prozent erhielt) und Bové (linker Bauerngewerkschafter und Globalisierungskritiker) an, immer Schein-Opposition zu sein, bevor sie sich dann doch dem System anschließen." Der einzige Herausforderer dieses „Systems" (das nie als politisches oder ökonomisches System konkret definiert wird) ist demnach, man hat es geahnt, der Front National.

■ Fixierung auf den „starken Mann"

Deutlich wird aber auch, wie stark die Fixierung auf den „Übervater" in Gestalt von Jean-Marie Le Pen bleibt. Die Rede seiner Tochter, die circa 45 Minuten dauert – der Vater macht es normalerweise nicht unter 80 Minuten – wird zwar höflich beklatscht. Enthusiasmus im Saal und donnernder Applaus kommt aber vor allem dann auf, als Marine Le Pen den Namen dessen beschwört, „der im kommenden Frühjahr Präsident der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur, PACA, sein wird". (Real hat Le Pen sehr geringe Chancen, tatsächlich den Präsidentenstuhl in Marseille zu erobern.)

Dessen Ankunft wird nun sehnlich erwartet, nicht zuletzt durch die Rednerin selbst, die eigentlich in Anwesenheit des Big Boss hätte sprechen sollen. Doch, oh weh: Am Flughafen von Marseille-Marignane verhindert ein Streik das Auftanken der Flugzeuge. Wozu so ein französischer Streik doch so alles gut sein kann!

„Er kommt, er kommt" flüstern sich die Parteigänger immer wieder nervös zu. „Glauben Sie wirklich, dass Er kommt?" wird zurückgefragt. Die Fixierung scheint zur Obsession zu werden. Am Ende, gut anderthalb Stunden zu spät, trifft „Er" dann doch noch ein. Nervöse Anhänger stürzen sich ihm entgegen. In Sprechchören wird „Le Pen zum Präsidenten, Le Pen in den Elysée-Palast" gefordert. Beim Rundgang an den Verkaufsständen der rechtsextremen Parteigliederungen im oberen Stockwerk sind die Le Pens, Vater und Tochter, ab diesem Zeitpunkt stets von Dutzenden aufgekratzter Anhänger umringt, ganz abgesehen von den Kameraleuten. Auf wen es – jedenfalls solange er noch bei Leben und Gesundheit ist – wirklich und allein ankommt, wird überdeutlich. Die extrem hohe Bedeutung der Personenfixierung, der Verkörperung einer autoritären Idee im „starken Mann" könnte kaum deutlicher demonstriert werden. Die Tochter wird bisher eher loyal geduldet, weil „Er" es so anzuordnen scheint.

Sehr viele der hier versammelten Parteigänger sind ältere Leute, einige davon mit einem ausgeprägten Tick in Mienenspiel oder Sprache – offenkundig oftmals Personen mit geringem Selbstbewusstsein, die sich durch das Aufgehen in einer „Sache", die durch „Ihn" verkörpert wird, wieder stark fühlen können. Aber auch einige besser gekleidete Leute mittleren Alters, anscheinend in vielen Fällen mittelständische Unternehmer, kann man treffen. Im Eingangsbereich stehen einige junge Männer mit auffälligem Extrem-Kurz-Haarschnitt herum, ein paar von ihnen mit Militärklamotten. Aber auch ein paar normal bis bieder wirkende Jugendliche sind anzutreffen. Neben der Tür steht lange Zeit eine dieser ultrakatholischen Familien mit einem halben Dutzend Kindern, die wie Orgelpfeifen nebeneinander aufgereiht sind, mit adrett geschnittenen Blondschöpfen und artig gehorsam.

Sollte so das Frankreich von übermorgen aussehen? Wahrscheinlich nicht – aber allein die Vorstellung daran genügt, einen das Fürchten zu lehren.

Hinzugesetzt sei, dass auch eine Gegendemonstration gegen die ganze Veranstaltung stattfand, die von linken und antifaschistischen Gruppen getragen war und – ein Novum – bis fast in unmittelbare Nähe des Veranstaltungsorts geführt werden konnte. Ein beeindruckendes, martialisch aufgemachtes Polizeiaufgebot sollte verhindern, dass die beiden Parteien miteinander in Berührung kommen sollten. Vom Räumpanzer über mehrere Kompagnien Bereitschaftspolizei bis hin zum ständig tief fliegenden Hubschrauber war die ganze Palette moderner „Sicherheits"technik vertreten. Ach ja, die „Sicherheit"...

Bernhard Schmid, Paris ■

Niedersachsen will Abschiebungen beschleunigen



HANNOVER. Niedersachsen will sich für eine Gesetzesänderung einsetzen, um ausreisepflichtigen Ausländern, die ihre Abschiebung in ihr Heimatland aktiv verhindern, mit Konsequenzen zu drohen. Innenminister Uwe Schünemannforderte für diesen Personenkreis ein dauerhaftes Wiedereinreiseverbot nach Deutschland. Falls jedoch später – etwa durch Eheschließung – ein Anspruch auf ein Aufenthaltsrecht entstehe, müssten vor einer Einreise sämtliche Abschiebungskosten beglichen werden. Schünemann wies darauf hin, dass zur Zeit eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe prüfe, wie den Problemen der Verhinderung von Flugabschiebungen – auch durch demonstrative Aktionen Dritter – begegnet werden könne. Einen Vorschlag Bayerns zur Änderung des Ausländergesetzes will der Minister auf jeden Fall unterstützen: Künftig sollen Widerstandshandlungen Dritter im Vorfeld der Rückführung oder im Flugzeug mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft werden, wenn diese dazu führen, dass die beabsichtigte oder begonnene Abschiebung des Ausländers scheitert.

In den Jahren 2000 bis 2002 haben die niedersächsischen Ausländerbehörden insgesamt 12.118 Abschiebungsersuchen an das für die Durchführung der Abschiebung zuständige Landeskriminalamt gesandt. Hiervon konnten lediglich 7.323 Abschiebungen tatsächlich durchgeführt werden, so dass rund 40 Prozent der Abschiebungsersuchen unerledigt blieben. Das will Schünemann ändern.

Und als weiteres Mittel, um Abschiebungen zu beschleunigen, forderte er eine „zentrale Passabgleichungsstelle“ zu schaffen. Dort könne man die Merkmale von Flüchtlingen, deren Herkunftsland unbekannt sei, mit den Daten von aufgefundenen Pässen vergleichen. Derzeit befänden sich in den verschiedenen Länderbehörden 20000 ausländische Ausweise, die man keinem Inhaber zuordnen könne.

Quelle: FR u. Hannoversche Allgemeine Zeitung 27.10.03 ■

Lagerschulen in Niedersachsen geplant

OSNABRÜCK. Der Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V. hat gefordert, die Planungen für eine Aufstockung der Asylbewerberzahlen auf 550 Menschen in der Landesaufnahmestelle (LASt) Bramsche zu den Akten zu legen, die Asylbewerber dezentral auf die Kommunen zu verteilen und das Lager Bramsche zu schließen.

Der Caritasverband für die Diözese Osnabrück hatte bereits im vergangenen Jahr die Schließung des Lagers gefordert und die dauerhafte Kasernierung von Flüchtlingen abgelehnt. „Gerade bei der abnehmenden Zahl von Asylsuchenden können wir unsere Forderung nach dezentraler Unterbringung nur eindringlich wiederholen. Sie ist menschlich geboten“, so Ludger Haukap, Migrationsreferent des Caritasverbandes. Haukap unterstreicht die Forderung des Caritasverbandes mit dem Hinweis auf die Situation der Flüchtlingskinder. Es ist geplant, dass die Kinder, deren Familien oftmals für lange Zeiträume in der Landesaufnahmestelle leben sollen, innerhalb des Lagers eine Schule besuchen sollen. Damit wird nach Auffassung der Caritas einer weiteren menschenunwürdigen und kinderfeindlichen Ghettoisierung der Asylsuchenden Vorschub geleistet. „Das Wohl der Kinder verbietet eine Beschulung innerhalb des Lagers“, so Haukap. Die soziale Isolierung, die bereits durch die Unterbringung gegeben sei, werde ausgerechnet bei den Kindern noch verschärft. Kinder in Deutschland hätten jedoch das Recht und die Pflicht, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine allgemeinbildende Schule gemeinsam mit einheimischen Kindern zu besuchen. Durch die Planung einer Schule im Lager werde ersichtlich, dass die neue Konzeption der LASt Bramsche insgesamt in Frage zu stellen sei. Haukap: „Nur durch die Verteilung der Flüchtlinge auf die Städte und Gemeinden sind die im Vorfeld angekündigten Probleme zu lösen.“

Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.
lhaukap@caritas-os.de ■

Restexemplare „Neue Kommentare“

Von 1956 bis 1980 erschien, nur von einem kleinen Kreis fortschrittlicher Menschen beachtet, der Presse- und Informationsdienst „Neue Kommentare“. Erst vierzehntägig, ab 1977 monatlich, berichtete der Frankfurter Journalist Georg Herde kontinuierlich über die „geistige Uniformierung“ des organisierten Vertriebenenspektrums und den aufkommenden Neofaschismus in der Bundesrepublik.

Gnadenlos deckte er die Nachkriegskarrieren alter Nazis und personelle und inhaltliche Verbindungen der Revanchistenverbände zum Neofaschismus auf.

Der Frankfurter Mauerweg, Sitz der Redaktion, war jahrzehntelang ein rotes Tuch für die Vertriebenenverbände und die rechte Presse. Im September/Oktober 1968 erreichte die Hetze gegen den kritischen Journalisten ihren Höhepunkt: Georg Herde wurde verhaftet. Der Vorwurf der Bundesanwaltschaft: Herde („Roter Spion flog auf“ (BILD); „Diffamierungsspezialist verhaftet“ („DOD“) unterhalte „verräterische Beziehungen zu einem östlichen Geheimdienst“ und betreibe eine „geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland“.

Nachdem Beamte der Bundessicherungsgruppe Bonn die Wohn- und Redaktionsräume Herdes durchwühlt hatten, musste Georg Herde, mehrfach verhört, vier Wochen in einem Gefängnis zubringen. Doch es gab nichts Belastendes gegen den linken Journalisten und das Ermittlungsverfahren des Bundesgerichtshofes wurde – ohne ein Wort der Entschuldigung des Generalbundesanwalts – eingestellt. Die „Neuen Kommentare“ erschienen weiter.

Heute, Georg Herde verstarb in den 90er Jahren, wird sein umfangreiches Archiv vom Hartmut-Meyer-Archiv der VVN-BdA verwaltet und fortgeführt. Unter den Beständen des Georg-Herde-Archivs befinden sich noch eine größere Anzahl von Dubletten der „Neuen Kommentare“. Knapp 300 verschiedene Ausgaben (von insgesamt 479 erschienenen Heften), vor allem aus den 50er und 60er Jahren, können wir daher jetzt zu einem Sonderpreis von 250 Euro plus Porto anbieten. Und: Auf Wunsch kopieren wir die dann noch fehlenden Ausgaben zu einem fairen Kopienpreis nach.

Einzelne Nummern – eine Liste kann bei uns angefordert werden –, geben wir für 1 Euro plus Porto ab.

Nähere Informationen beim Hartmut-Meyer-Archiv c/o VVN-BdA, Gathe 55, D-42107 Wuppertal, hm_archiv@yahoo.de

Einen Aufsehen erregenden Gesetzentwurf hat die italienische Regierungspartei Alleanza nazionale (An) vorgestellt. Sie will mit einem Gesetz die Verfassung im Artikel 48 dahingehend ergänzen, dass ein Kommunalwahlrecht für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten eingeführt wird.

Kommunalwahlrecht für Ausländer in Italien

Gesetzentwurf von rechts

Dabei handelt es sich hauptsächlich um Einwanderer aus Afrika, in deutlich niedrigerem Umfang aus den Philippinen, China, osteuropäischen und anderen Ländern. Dass ausgerechnet diese rechte Partei, die 1994 aus der faschistischen Nachfolgepartei MSI entstanden ist, einen solchen Vorstoß unternimmt, hat die italienische Politik in den vergangenen Tagen gehörig in Bewegung gebracht.

Das Wahlrecht ist in Art. 48 der Verfassung so formuliert: „Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger, Männer und Frauen, die volljährig sind …“ Von der Einführung des Kommunalwahlrechts für EU-Staatsangehörige wurde diese Formulierung nicht berührt. Der An-Gesetzentwurf hat nun folgenden Wortlaut:

> *„Ausländern aus Nicht-EU-Staaten,*
> *die volljährig sind,*
> *die sich seit mindestens sechs Jahren ständig und regulär in Italien aufhalten,*
> *die aufenthaltsberechtigt sind aus einem Grund, der eine unbestimmte Anzahl von Verlängerungen zulässt,*
> *die ein Einkommen nachweisen, das für den eigenen Unterhalt und den der Familie ausreicht,*
> *gegen die kein Hauptverfahren eröffnet worden ist wegen Straftaten, für die eine Verhaftung obligatorisch oder möglich ist,*
> *wird das aktive und passive Kommunalwahlrecht zuerkannt in Übereinstimmung mit den Regelungen für die Bürger aus EU-Staaten.*
> *Die Ausübung des Rechts nach Absatz 1 wird denjenigen zuerkannt, die es beantragen und die sich in diesem Zusammenhang verpflichten, die grundlegenden Prinzipien der italienischen Verfassung anzuerkennen.“*

Ins Auge fallen die einschränkenden Voraussetzungen, die teilweise mit der italienischen Verfassung selber kollidieren. So schränken die 6 Jahre Mindestaufenthalt den Personenkreis von vornherein stark ein. Eine Untersuchung, die die Wochenzeitung Panorama in Auftrag gegeben hat, kommt zu dem Schluss, dass von 2,4 Mio. Einwanderern lediglich 120.000 bis 150.000 das Kriterium dieser sechs Jahre erfüllen würden.

Der geforderte Einkommensnachweis bindet das Wahlrecht praktisch an ein bestehendes Arbeitsverhältnis und eine ausreichende Einkommenshöhe. Das steht in klarem Gegensatz zu Art. 3 der Verfassung, nach dem alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind. Die politische Opposition bezeichnet diesen Aspekt deshalb als Rückfall in das Zensuswahlrecht, wo das Wahlrecht an Einkommen und Vermögen geknüpft war.

Schließlich soll schon die Eröffnung eines Strafverfahrens das Kommunalwahlrecht ausschließen. Nach der Verfassung ist die Entziehung des Wahlrechts nur wegen besonders schwerer Straftaten möglich. Außerdem wird nebenbei der Verfassungsgrundsatz der Unschuldsvermutung bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung außer Kraft gesetzt. Das Wahlrecht soll sich auf die Kommunen beschränken, also etwa die Regionen und insbesondere das nationale Parlament ausklammern.

Die Einschränkungen sind also sehr groß, der praktisch erfasste Personenkreis ist dadurch offensichtlich verhältnismäßig klein. Für die Einschätzung des Vorhabens ist außerdem wichtig, dass An den Gesetzentwurf in eine Linie mit dem sogenannten Bossi-Fini-(Einwanderungs-)Gesetz stellt, mit dem die Rechtsregierung einvernehmlich eine scharfe Trennung eingeführt hatte zwischen Einwanderern mit Arbeit, denen eine beschränkte Verbesserung ihres Rechtsstatus zugestanden wurde, und den vielen nichtgemeldeten „Illegalen“, gegen die gnadenlose staatliche Härte gesetzlich sanktioniert wurde. Genau diese Unterscheidung soll nach der offiziellen Gesetzesbegründung fortgeführt und ausgebaut werden.

Nichtsdestotrotz laufen Kräfte auf der Rechten Sturm gegen das Vorhaben. Bossi von der Lega Nord, die ebenfalls an der Regierung beteiligt ist, bezeichnet Integration und Wahlrecht als „Irrtum, den nur einige Verrückte in Europa wollen“. Sein Sender Radio Padania hat gegen den Gesetzentwurf geschäumt. Er erhält Unterstützung von der faschistischen Gruppe Forza nuova, die vor der An-Zentrale eine Sitzblockade durchgeführt hat. Tagelang hat Bossi von Berlusconi verlangt, als Regierungschef den Gesetzentwurf des Koalitionspartners An zu verhindern, und mit seinem Rücktritt, also der Regierungskrise, gedroht. Der An-Parteichef Fini hat hoch gepokert und auch kaltschnäuzig die Regierungskrise in Kauf genommen. Berlusconi musste schließlich Bossi zum ersten Mal in den zweieinhalb Jahren der Rechtsregierung blockieren und erklären, es gäbe keine Bindung in der Regierungskoalition, die An an dem Gesetzentwurf hindere. Die politischen Kräfte und die Kommentatoren sehen in dem Vorgang eine klare Stärkung der Position von An und eine Schwächung von Bossi und dahinter vor allem von Berlusconi.

Das macht deutlich, dass ein zentrales Motiv von An mit dem Gesetzentwurf offenkundig eine Umgruppierung im bürgerlichen Lager ist. Tatsächlich ist Berlusconi mit seinem „Haus der Freiheiten“ in der größten Krise seit seinem Wahlsieg. Er hat die letzten Kommunalwahlen verloren. Einflussreiche bürgerliche Kreise wie auch die katholischen Hierarchien wenden sich zunehmend von ihm ab und kritisieren den Schaden, den Bossis und Berlusconis Extremismus anrichten. Es wird erwartet, dass die schroffen Widersprüche in der Regierung mit dem Ende der italienischen EU-Ratspräsidentschaft Anfang nächsten Jahres eskalieren werden. Die sozialen Auseinandersetzungen nehmen in den nächsten Wochen mit einer Reihe großer Streiks zu. Auch unter den Bürgerlichen kommt eine Diskussion über Alternativen zu Berlusconi auf. Vor diesem Hintergrund macht Finis Vorstoß den Eindruck eines geschickten Schachzugs, mit dem sich Fini selbst im bürgerlichen Lager nach vorne bringt. Und sich gleichzeitig neue Spielräume gegenüber der Opposition schafft.



Die Haltung der Mitte-Links-Opposition ist keineswegs klar und einheitlich, sondern schwankt zwischen Kritik an den einschränkenden Voraussetzungen für das Wahlrecht und der Freude, dass auf der Rechten ein Tabu gebrochen sei.

D'Alema, der Präsident der oppositionellen Linksdemokraten, jubelt, dass das Ausländerwahlrecht erstmals eine Chance auf eine Mehrheit habe, und hat angeboten, den An-Text mit einem früheren Entwurf der Linksdemokraten zusammenzulegen. An hat daraufhin die Zustimmung zu einem Entwurf aus der Linken kategorisch ausgeschlossen. Aber die Kommentatoren registrieren aufmerksam, dass D'Alema zum ersten Mal Fini als einen Ansprechpartner in der Regierungskoalition behandelt hat, und manche wittern Anzeichen von „Großer Koalition“ (in deutsch). Ob eine solche Strategie der Mitte-Links-Opposition zum Erfolg verhelfen würde, muss man bezweifeln.

Rifondazione comunista hat das „Zensuswahlrecht“ abgelehnt und die Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfs angekündigt. Verbände und Organisationen, die sich mit der Lage der Migranten befassen, lehnen die Einschränkungen des Wahlrechts und die Aufspaltung der Einwanderer in „gute“ Arbeitende und „schlechte“ Illegale ab und fordern die rechtliche Gleichstellung. *rok* ■

Verbotene Blood & Honour macht als Combat 18 weiter

Als am 14. November 2000 das Bundesinnenministerium die Deutsche Division von B&H verbietet, bleibt die Sektion Nordmark unbehelligt. Die bekennenden B&H-Kader wie Klemens Otto, der in dem B&H-Magazin Deutschland über Aktionen im Norden berichtet, werden nicht beachtet. Ermutigt durch solch staatliche Ignoranz können die Nazis das B&H-Netzwerk weitgehend offen unter anderem Label fortführen. Sei es mit dem Kürzel „28“ oder dem Gruppennamen „Combat 18“. Fast drei Jahre später holt die schleswig-holsteinische Polizei das Versäumte nach. Mit über 50 Hausdurchsuchungen, 7 Festnahmen und 3 Haftbefehlen führte sie am 28. Oktober eine Großaktion gegen Neonazis durch, die Beängstigendes zu Tage brachte: unter dem Tarnnamen Combat 18 haben organisierte Neonazis der ehemaligen Kameradschaft Pinneberger Sturm offensichtlich eine lokale Gruppe des internationalen Musiknetzwerkes Blood & Honour gegründet und die verbotenen Aktivitäten fortgesetzt; nach Angaben des LKA Schleswig-Holstein wurden in großem Stil illegale CDs vertrieben und rechte CD-Händler erpresst, die Organisation finanziell zu unterstützen. Bei Mitgliedern der Gruppe wurden Waffen gefunden. In den Waffenhandel soll der bis vor wenigen Wochen amtierende NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert verwickelt gewesen sein.

„Es war ein wichtiger Erfolg gegen eine äußerst militante und gefährliche Gruppe“, betont der schleswig-holsteinische Innenminister Klaus Buß (SPD) und hebt sogleich hervor: Für eine „Braune Armee Fraktion“ gibt es allerdings „keine Anhaltspunkte“. Der Landesinnenminister wiederholt die Verharmlosungen des Bundesinnenministers Otto Schily: „Ansätze zur Bildung rechtsterroristischer Gruppen oder Zellen sind nicht erkennbar“. Eine derart retuschierte Wahrnehmung der amtlichen Extremismusbeobachter lässt rechten Terrorismus nur dann als solchen erscheinen, wenn er das vermeintliche Muster der RAF aufweist. Das Leugnen der Differenz zwischen rechter und linker Militanz im totalitarismustheoretischen Duktus geht mit der Relativierung der Indizien zum militanten Neofaschismus einher – auch im hohen Norden.

Der angebliche Anführer der Gruppe, der inzwischen in Pinneberg wohnende Klemens Otto, stammt aus dem Umfeld des verbotenen Hamburger Sturm. Unter dem Einfluss von Christian Worch und Thomas Wulff wurden im Rahmen dieser Organisation seit Ende der 90er Jahre zahlreiche neue Nazi-Kader aufgebaut, darunter z.B. Tobias Thießen (jetzt Aktionsbüro Nord), Torben Klebe (verurteilt wegen Beteiligung am Handel verbotener CDs) und Jan Steffen Holthusen. Auch Peter Borchert, ehemals Kiel, später Neumünster, entwickelte sich in diesem politischen Umfeld zum Dauerredner auf Demonstrationen der Freien Kameradschaften. Bereits im Jahr 2000 machte Klemens Otto, mit seiner nach Hamburger Vorbild Pinneberger Sturm bzw. später Kameradschaft Pinneberg genannten Gruppe durch regelmäßige gewalttätige Übergriffe von sich Reden. Trotz zwischenzeitlicher Inhaftierung Ottos und zumindest eines seiner Kameraden gelang es der Gruppe in den Jahren 2000 bis 2001 ein Klima von Angst und Schrecken in der Region zu verbreiten. Überfälle, Anschläge und offene Morddrohungen waren an der Tagesordnung. Ende 2001 ließen diese Aktivitäten von Seiten der Kameradschaft Pinneberg nach, die Protagonisten verschwanden mehr und mehr aus dem Blick der Öffentlichkeit, Otto zog nach Neumünster und nahm dort einige Zeit später eine Arbeit in einem Tätowierstudio auf, andere ließen sich ihre Kopfhaare wieder wachsen und hielten sich zurück. Politische Aktivitäten wurden nun mehr und mehr von einer durch andere Kameraden gegründeten Kameradschaft Elbmarsch betrieben. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Kameradschaft Pinneberg bereits unter dem Namen Combat 18 Pinneberg gedroht und Schmierereien verübt. Nach Angaben des LKA Kiel war auch der nun als zweiter Mann festgenommene Marco H. an kriminellen Handlungen der Kameradschaft beteiligt und gemeinsam mit Klemens Otto für Blood & Honour aktiv.



„Wir brauchen eine Organisation wie Combat 18 (....) und wir brauchen sie nicht nur zum Schutz und zur Abwehr. C18 muss als der bewaffnete Arm der Blood & Honour Bewegung agieren. [...] Es gibt viele Wege, Furcht und Terror unter den Feinden zu verbreiten“.
Aus dem B&H-Handbuch „Der Weg Vorwärts“ (Skandinavien)

Aktivitäten des Blood & Honour-Netzwerkes wurden vor, während und nach dem Verbot der Organisation ungestört durchgeführt, der CD-Handel praktisch ohne Unterbrechung fortgesetzt. So wurde beispielsweise im Februar 2001 in Hamburg ein Konzert veranstaltet, das mit großer Wahrscheinlichkeit von und für Blood & Honour-Strukturen organisiert wurde. Konzertveranstaltungen fanden auch im Rahmen von Club 88-Veranstaltungen in Neumünster statt.

Peter Borchert, der bereits als Jugendlicher und Heranwachsender mehrjährige Haftstrafen verbüßen musste, da er verschiedene Personen mit dem Messer angegriffen und zum Teil schwer verletzt hatte, wurde im Herbst 2000 erneut zu einer Haftstrafe von zwei Jahren, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt, weil er eine scharfe Pistole mit sich geführt hatte. Obwohl seit dem mehrere neue Anklagen wegen gefährlicher Körperverletzung, Hausfriedensbruch aber auch Einbruchsdiebstählen gegen ihn vorlagen, wurde die Bewährung bislang nicht widerrufen, Untersuchungshaft wegen Wiederholungsgefahr nicht angeordnet. Im Gegenteil: ein seit langem erwarteter Prozess ist erneut um Monate verschoben, eine Terminierung vor Februar 2004 nicht in Sicht. Borchert hatte seit Jahren beste Kontakte zu den Mitgliedern bzw. dem Umfeld des verbotenen Hamburger Sturms, fungierte phasenweise als Sprecher des Neumünsteraner Club 88 und war auch im Rahmen von Konzertveranstaltungen, die dem Blood & Honour-Netzwerk zugerechnet werden, bereits als Mitverantwortlicher aufgetreten. Sein Zugang zu Waffen, seine Bereitschaft zu Gewalttätigkeiten waren genauso bekannt, wie die Aktivitäten der Pinneberger Gruppe.

Erstaunlicher als die bisherigen Fahndungsergebnisse, sind die Unterlassungen der Fahnder: Nach Auskunft des LKA wurden weder der Club 88, noch ein aus diesem Umfeld betriebenes Kampfsportstudio durchsucht. Völlig unklar bleibt auch, inwieweit die in Schleswig- Holstein ansässigen Versandhändler für Rechtsrock betroffen waren. Ein Zusammenhang zu dem Internationalen Netzwerk von Blood & Honour, insbesondere über die Mitglieder der Gruppe Kraftschlag zu Blood & Honour Skandinavien wurde gar verneint.

Dabei marschierten norddeutsche Nazis, darunter Torben Klebe und der ehemalige Freund der Club 88-Betreiberin Christiane Dolscheid, Tim Bartling bereits vor Jahren gemeinsam mit Kameraden der skandinavischen Blood & Honour-Gruppen auf dänischen Hess-Gedenkmärschen. Eine langjährige Zu-

→

Ein Regierungs-Orden für den Sekten-Chef

Das Buch „Die neue Welt des George W. Bush" beschreibt die Machtergreifung der Ultrakonservativen im Weißen Haus ***von Thomas Klaus***

Der unheilige und massive Einfluss ultrakonservativer Kreise auf die Regierungspolitik der Vereinigten Staaten ist kein wirklich neues Thema. Vor dem Hintergrund des Irak-Krieges und des Feldzuges der US-Administration gegen den vermeintlichen internationalen Terrorismus wurde immer wieder publizistisch zur Sprache gebracht, dass im mächtigsten Land der Erde politisch fundamentalistisch ausgerichtete Personen mit handfesten wirtschaftlichen Interessen zu Gunsten der Öl- und Waffenindustrie am Ruder sind.

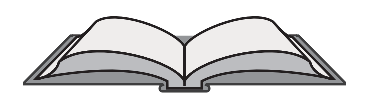
Eric Laurent, Autor des Bestsellers „Die Kriege der Familie Bush", hat sich ebenfalls mit dieser Fragestellung auseinander gesetzt und dabei ergiebige Informationen über die „Konservative Revolution" zusammengetragen. Titel des 224-seitigen Buches: „Die neue Welt des George W. Bush – Die Machtergreifung der Ultrakonservativen im Weißen Haus ".

Eingangs stellt der Verfasser fest: „In der amerikanischen Geschichte legten viele Präsidenten großen Wert auf ihre religiösen Wurzeln und demonstrierten dies in ihren Reden mit Bibelzitaten. Doch vor George W. Bushs Einzug ins Weiße Haus hatte Religion nie dieses überproportionale Gewicht." Dieses Gewicht wurde bereits in der Antrittsrede als Präsident deutlich, die George W. Bush hielt. Darin äußerte er unter anderem, dass ein „Engel über dem Auge des Wirbelsturms steht" und ihm die richtige Richtung weist.

Das Messianische in vielen Aussagen und Handlungen des Präsidenten verleitet Chip Bertlet zu dieser Schlussfolgerung: „Bush steht dem messianischen und apokalyptischen Gedankengut der militanten evangelischen Christen nahe. Er teilt ihre Weltanschauung, dass zwischen dem Guten und dem Bösen ein gigantischer Kampf im Gange ist, der seinen Höhepunkt in einer letzten Schlacht erreichen wird." Chip Bertlet gilt als einer der bekanntesten US-Experten für ultrakonservative religiöse Bewegungen.

George W. Bush steht mit seinem religiösen Eifer im Washingtoner Machtapparat keinesfalls alleine da. So berichtet Eric Laurent, dass das gesamte Personal des Weißen Hauses täglich an Bibelgruppen teilnimmt. Der Autor spitzt zu: „Der Präsidentensaal wirkt wie ein großer Gebetssaal, in dem die Männer zwischen zwei gemeinsamen Lesungen des Alten oder des Neuen Testaments die Geschäfte Amerikas und der Welt führen."

Diese Gesinnung führt zu seltsam anmutenden und politisch gefährlichen Allianzen, die in dem Buch „Die neue Welt des George W. Bush" ausführlich geschildert werden. Eine betrifft die auch als „Vereinigungskirche" bekannte Mun-Sekte des südkoreanischen Gurus San Myung Mun, die über vielfältige Verbindungen in das rechtsextremistische Lager auf der ganzen Welt verfügt.



Die Mun-Sekte erfreut sich ausgezeichneter Verbindungen in die Machtzentrale der westlichen Welt. So wurde am 19. Januar 2001 im Hyatt-Hotel in Washington ein „Prayer Luncheon", ein Mittagessen mit Gebet zum Amtsantritt von George W. Bush, ausgerichtet. Bei dieser Gelegenheit erhielt Mun eine Auszeichnung für seine „Arbeit zur Förderung traditioneller Familienwerte". Die Laudatio hielt US-Justizminister John Ashcroft.

Schon zu Regierungszeiten des Präsidentenvaters George Bush genoss die Mun-Sekte eine starke Rückendeckung im Weißen Haus. Beispielsweise hatte der Chefredakteur der von der Mun-Sekte gegründeten und gelenkten „Washington Times", Wesley Purden, ständig einen direkten Zugang zu George Bush.

Bei einem privaten Mittagessen, zu dem der US-amerikanische Präsident Purden eingeladen hatte, erklärte er ihm: „Ich möchte Ihnen sagen, wie wertvoll die Times, die wir täglich lesen, für Washington geworden ist."

Nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt hielt George Bush der Mun-Sekte die Treue. Eric Laurent zufolge kassierte Bush allein für eine Rede in Buenos Aires 100.000 Dollar. Angeblich bekam er von Mun und seiner Organisation insgesamt rund zehn Millionen Dollar für verschiedene Vorträge.

Dass der jetzige US-Präsident überhaupt an die Schaltstellen der Macht gelangen konnte, scheint er ebenfalls fundamentalistischen Zusammenhängen zu verdanken. Denn zwei der konservativen Richter des Obersten Gerichts von Florida, die bei der Präsidentschaftswahl im November 2000 eine erneute Stimmenauszählung verhinderten, sind aktive Mitglieder der – von Energieminister Spencer Abraham mitbegründeten – ultrarechten Federalist Society for Law and Public Policy Studies. Einer von ihnen war Clarence Thomas, dessen Frau bei der erzkonservativen Heritage Foundation arbeitete und mit den Vorbereitungen für die Ernennungen der künftigen Bush-Regierung betraut war.

Zwar geht Laurent in seinem Werk wohl zu stark auf wirtschaftliche Interessen von Mitgliedern der US-Regierung ein und hätte an der einen oder anderen Stelle noch stärker politische und religiöse Aspekte beleuchten sollen. Aber dennoch hat er das System der „Falken" im Weißen Haus gut dargestellt und seine ungeheure Brisanz klar gemacht.

Eric Laurent, Die neue Welt des George W. Bush – Die Machtergreifung der Ultrakonservativen im Weißen Haus -, S. Fischer-Verlag, 2003, ISBN 3-10-044851-0, Preis 16,90 Euro

---

→ sammenarbeit auf breiter Ebene ist dokumentiert. Mit viel medialer Inszenierung wird nun gegen ehemalige Aktivisten der B&H-Bewegung vorgegangen und endlich nachgeholt, was vor drei Jahren versäumt wurde. Nicht aber ohne zugleich zu erklären, dass Combat 18 nur in Schleswig-Holstein agierte und bisher alleine die Geldbeschaffung mittels räuberischer Erpressung forcierte. Neben der Aktion möchte die Innenbehörde also auch verbal beruhigen. Ein Eingeständnis, dass das Verbot gegen Blood & Honour staatlicherseits nicht durchgesetzt wurde, blieb bisher aus. Angesichts der Unterlassungen stellt sich die Frage nach den tatsächlichen Motiven der Polizeiaktion.

Wir werden den weiteren Verlauf der Ermittlungen genau beobachten.

Pressemitteilung von „Der Rechte Rand", Zeitschrift von und für AntifaschistInnen, Hannover
enough is enough ! Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg, Kiel (leicht gekürzt) ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Ansturm der Reichsfeinde"

Nation & Europa 11/12-2003

„Was nun, Herr Bush?" fragt die „Nation & Europa"-Redaktion auf dem Titelblatt ihres jüngsten Heftes, das wie immer am Jahresende eine Doppelnummer ist. Für die nötige Häme in der besorgt klingenden Erkundigung, sorgen die Bilder: Ein unglücklich aussehender US-Präsident, Teile eines durch eine Bombe völlig zerstörten Autos, jubelnde Menschen vor einem brennenden amerikanischen Militärfahrzeug, ein am Kopf verletzter irakischer Polizist und ein um einen Kameraden trauender GI. Die Botschaft: Das habt ihr jetzt davon!

Karl Richter fragt: „Was haben Hawai, Korea, Vietnam, Kolumbien, Irak und Afghanistan gemeinsam?" Die Antwort gibt er im nächsten Satz: „Richtig: Alle diese Länder wurden im Lauf der letzten hundert Jahre Opfer amerikanischer Einmischungs- und Interventionspolitik. Allen diesen Ländern ging es danach nicht besser, sondern sehr viel schlechter...". Dieser Feststellung ist kaum zu widersprechen, doch noch ist der Autor nicht bei seinem eigentlichen Thema angekommen. „Die Carnegie-Stiftung... verglich in einer kürzlich vorgestellten Studie insgesamt 16 amerikanische Militärinterventionen des zurückliegenden Jahrhunderts. Das Fazit ist mehr als ernüchternd: Nur in vier Fällen trug das Engagement tatsächlich zur angestrebten ‚Demokratisierung' der Besiegten bei. Es handelt sich um Deutschland, Japan, Panama und Grenada.... Dabei stellten sich die honorigen Carnegie-Wissenschaftler die Frage gar nicht erst, ob die ‚Befreiten' ihre Demokratisierung von Amerikas Gnaden überhaupt wollten. Auch im Fall der vier ‚erfolgreichen' Aktionen verschweigt ihre Studie den Preis der ‚Befreiung': in Panama und Grenada Tausende von Toten unter der Zivilbevölkerung, in Japan die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki, in Deutschland jahrelanger Bombenterror gegen Städte und Wohnbevölkerung mit mindestens 500 000 Toten". Nazi-Deutschland, dem die Welt den verheerendsten Krieg der Geschichte verdankt, steht damit unschuldig in der Reihe der Opfer US-amerikanischer Kriegspolitik im Interesse des Kapitals.

Auch *Hilmar Gerber* macht Nazi-Deutschland zum unschuldigen Opfer: „Zudem war der deutsche ‚Angriff' auf Frankreich eine Verteidigungshandlung, nachdem die Regierungen in Paris und London am 3. September 1939 Deutschland den Krieg erklärt hatten. Das alles läßt sich mit dem Irak-Krieg des Jahres 2003 überhaupt nicht vergleichen. Technische Überlegenheit und Feuerkraft der amerikanischen Angreifer ließen den irakischen Verteidigern auf dem Schlachtfeld nicht die geringste Chance.... Und noch eines ist anders als 1940 in Europa: Es gab keine offizielle amerikanisch-englische Kriegserklärung gegen den Irak, auch keine Waffenstillstands- oder Kapitulationsvereinbarung. Bush und sein englischer Verbündeter Blair operieren außerhalb des Kriegsvölkerrechts.... Auf die Mitglieder der Regierung... sind Kopfgelder ausgesetzt, als handele es sich um texanische Viehdiebe. Dagegen beließen die Deutschen nach ihrem Sieg 1940 den französischen Staats- und Ministerpräsidenten im Amt und respektierten dessen Regierung". Damit ist die Entsorgung deutscher Geschichte vollendet: Deutschland ist nicht nur Opfer, sondern die Politik der USA ist sogar schlimmer als die Politik der Nazis.

Verantwortlich für die US-Politik aber sind natürlich, wie sollte es in N&E auch anders sein, die Juden. Das lässt *Thomas Spindler*, der in seinem Beitrag fragt „Regieren Juden die Welt?", Malaysias Premierminister Mahathir feststellen: „Er hielt Mitte Oktober auf der Konferenz Islamischer Staaten... eine Rede, in der er das internationale Machtgefüge so umschrieb: ‚Heute regieren die Juden diese Welt durch Stellvertreter. Sie lassen andere für sich kämpfen und sterben'... Auf die Journalisten-Frage, ‚welche Freunde außer den USA' Israel noch besitze, antwortete Schalom (der israelische Außenminister – tri) übrigens: ‚Deutschland ist ein guter Freund, besonders Außenminister Joschka Fischer'. Ein weiteres Land fiel Schalom nicht ein". Die Juden bestimmen also nicht nur die Politik der USA sondern dirigieren auch die Bundesregierung.

Und die Opposition, wie *Harald Neubauer* feststellt: „... wo der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann unlängst ein paar Erkenntnisse preisgab, die politisch einfach nicht korrekt sind. Darauf griff Paul Spiegel, Chef einer internationalen Künstleragentur in Düsseldorf", also eigentlich ein reisender Gaukler, „zum Telephon und rief Frau Merkel an. Die stand stramm wie ein Zinnsoldat und lehrte uns sogleich: Demokratie muß nicht unbedingt eine Massenveranstaltung sein. Zuweilen genügt das Wort eines einzigen Wählers".

Außerdem sind die Juden noch für die APO und die RAF verantwortlich, wie uns ein gewisser kh (*Klaus Hansen*?) in einem Beitrag über die späte Beisetzung der sterblichen Überreste von Herbert Marcuse belehrt: „...jenes Mannes, der als jüdischer Remigrant und Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes nach dem Krieg einer der führenden Köpfe der ‚Reeducation' (Umerziehung) in der Bundesrepublik Deutschland wurde. Marcuse... lehrte in den sechziger Jahren an der Universiät von Frankfurt am Main und war einer der Hauptköpfe der linksextremen ‚Frankfurter Schule'. Aus ihr entwickelte sich die Außerparlamentarische Opposition (APO) und letztlich auch die terroristische Rote-Armee-Fraktion (RAF)".

Ein Vorbild liefert *Dr. Fritz Stenzel*: „Vor 80 Jahren drohte Deutschland zu zerfallen: Ansturm der Reichsfeinde" heißt sein Beitrag über das Jahr 1923, in dem er feststellt: „Die kommunistischen und separatistischen Aufstände des Herbstes 1923 mobilisierten die Gegenwehr des nationalgesinnten, reichstreuen Spektrums. Und sie riefen einen jungen Münchner Politiker auf den Plan: Der erst 34jährige Adolf Hitler, der mit seinem Redetalent in der bayerischen Landeshauptstadt bereits zahlreiche Anhänger gewonnen hatte, glaubte konservativ-monarchistische Militärs an seiner Seite und erklärte die für unfähig gehaltene Reichsregierung am 8. November 1923 für abgesetzt".

Einen Vorteil haben die Doppelnummern von N&E im Sommer und Winter: Der Rezensent darf jeweils einen ganzen Monat Pause machen – und er genießt das. *tri* ■